Einzelpreis 30 Pf. Halle, Donnerstag, den 23. September 1920. 31. Jahrgang · Nr. 223

Verlag u. Geschäftsstelle: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1047. Geöffnet von 7½ Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags. Postscheckkonto: Leipzig 105695. Hermann Schade.

Volksblatt

Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernruf 1045. Sprechzeit: Nur werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ für Halle und den Bezirk Merseburg.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 6 Mark, vierteljährl. 18 Mark; durch die Post bezogen monatl. 6 Mark, ohne Zustellungsgebühr.

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Anzeigen bis morgens 9 Uhr erbeten, größere tags vorher.

Anzeigenpreis: 60 Pf. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 250 Pf für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil.

Sintflut.

Die Schulden verschlingen alles!

Rund 243 Milliarden Reichsschulden!

Eine Geisterhand hat am Mittwoch in einer vierstündigen Sitzung der Reichsregierung Entsetzen erregt, denn sie schrieb an einen schwarzen Vorhang: Mene Tekel! Die Schulden verschlingen euch, wenn ihr so weiter macht! Die Minister bekamen das Klappern ins Gebein und starrten auf ihren Kollegen Dr. Wirth, der mit gesträubtem Haar bestätigte: jawohl, wir haben 243 Milliarden Schulden! Das deutsche Volk muß allein zwölf Milliarden Mark jährlich aufbringen, um bloß die Zinsen für die Schulden zu decken! Wir steuern allein für die Staatsgläubiger, für die Kapitalisten, die dem Reiche Geld pumpten!

Und trotz aller Steuern, trotz des Lohnabzugs für Steuerzwecke wächst die schwebende Schuld im Galopptempo! Allein vom 1. Januar bis 13. September dieses Jahres ist die Schuldenlast um 47½ Milliarden Mark gestiegen! Der Abgrund gähnt vor uns! Noch einen Ruck — und der Karren saust hinab ins Chaos! Reichsbankrott!

Vielleicht muß es so kommen! Vielleicht ist das sogar der einzig mögliche Weg, die Reichsschulden los zu werden.

Aber das geht nicht sänftiglich vor sich! Denn der Zusammenbruch bringt die Machtkämpfe auf den Plan. Und das Proletariat steht vor den Toren! Wenn die kapitalistische Luderwirtschaft versinkt, so muß die neue Gewalt einen neuen Aufbau versuchen. Es ist ein scheußliches Erbe, das einmal dem Proletariat in die Hände fallen wird. Trümmer, rauchende Ruinen, öde Wüsteneien — das hat der Kapitalismus aus seinen staatlichen Zwingburgen gemacht, während sich die einzelnen Kapitalisten durch Wucher- und Schiebergewinne bereicherten! Erst komme ich, die Allgemeinheit mag zum Teufel gehen! Diese Moral des Kapitalismus hat die ganze Menschheit verseucht — und nun rollt die Sintflut heran!

Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat in der gestrigen Sitzung des Kabinetts durch eine Denkschrift das ganze Elend der Reichsfinanzen dargelegt. Er gab — so berichtet die Regierung — zahlenmäßige Belege für die furchtbare Lage, in der das Reich sich befindet. Es war der einheitliche Wille des Kabinetts, daß die verabschiedeten Steuergesetze unbedingt durchgeführt werden. Von einer Abschwächung des Reichsnotopfers soll keine Rede sein. Um aus dem Reichsnotopfer in beschleunigter Form Geldmittel zur Verfügung zu stellen, soll ein besonderer Gesetzentwurf eingebracht werden. Es wurde dann im einzelnen das Finanzprogramm der Zukunft durchgesprochen. Sämtliche irgendwie vermeidbaren Ausgaben sollen unterbleiben. Auch bei den Beamtenbesoldungen soll über den bisherigen Rahmen nicht hinausgegangen werden.

Als letzter Hoffnungsstrahl blitzt plötzlich die — Sozialisierung des Bergbaues auf. Man staunt! Das, was die Sozialdemokratie seit dem 9. November 1918 gefordert hat, soll jetzt versucht werden. Aber wie! Es kommt jetzt alles zu spät, denn die Kapitalisten haben ihr Schäfchen im Trockenen, haben sich gesichert. Von Enteignung ist nicht die Rede, desto mehr von „Entschädigung". Also: erst neue Ausgaben für die Kohlenkapitalisten machen, neue Schulden, neue Zinszahlungen — denn kann das Reich einige Körbe Kohlen verkaufen. Das ist — kapitalistische „Sozialisierung"!

Die jetzige Regierung wird die wirkliche Sozialisierung nicht machen. Nein! So lange lebt sie nicht. Und sie ist auch untauglich dazu. Die Sozialisierung des Wirtschaftslebens hat die Arbeiterklasse zu besorgen, das ist ihre geschichtliche Aufgabe. Die allgemeine Sozialisierung ist auch allein imstande, aus dem Zusammenbruch den Neuaufbau der Welt zu ermöglichen.

•

Eine weitere Meldung besagt: Das Rücktrittsgesuch des Finanzministers Dr. Wirth wurde nicht aufrechterhalten. Das Kabinett bleibt zusammen und hat sich den Vorschlägen des Reichsfinanzministers Dr. Wirth entsprechend zu tief einschneidenden finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen entschlossen. Die Erhebung einer Zwangsanleihe ist nicht vorgeschlagen und von dem Kabinett nicht beschlossen worden, sondern wird allenfalls als äußerstes letztes Mittel in Reserve geheilch.

Das „Kabinett" weiß, daß es von den Kapitalisten weggefegt wird, wenn es eine Zwangsanleihe beschließt. Aber gemach! Die Zeit kommt totsicher, wo das „Kabinett" keinen andern Ausweg mehr sehen wird — und dann geht es hinein in den Strudel.

Aber vielleicht sehen schon vorher die Machtkämpfe ein, denn Hunger, Not, Arbeitslosigkeit schlagen mit knöcherner Faust auf die Arbeiterklasse.

Wir treiben schweren Dingen entgegen!

Wahlen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurden am Mittwoch bei der Wahl des Oberbürgermeisters 107 Stimmen für den bisherigen Oberbürgermeister Wermuth, 50 für den früheren Oberbürgermeister von Straßburg, Dr. Schwandtner abgegeben. — Ferner wurden gewählt: Zum Stadtkämmerer der jetzige Kämmerer Böß, zum Stadtsyndikus Stadtrat Dr. Lange (Neukölln), zum Stadt-Medizinalrat Stadtverordnete Dr. Rabenow (Schöneberg), zum Verkehrs-Stadtrat Oberingenieur Dr. Adler, der vom Ausschuß vorgeschlagen wurde. — Die Deutschnationalen waren im Saale nicht anwesend.

Die Friedensverhandlungen in Riga.

Die erste Sitzung der polnischen und russischen Friedensabordnung in Riga fand am Dienstagnachmittag statt. Der lettische Außenminister Meierowitsch begrüßte die Delegierten der großen Nachbarstaaten. Dombski erklärte, Polen wünsche aufrichtig Frieden und wolle sein bestes tun, um ihn herbeizuführen. Joffe entgegnete, die Russen seien seit drei Jahren bereit, Frieden zu schließen. Sowjet-Rußland wolle Frieden und Versöhnung; es solle keine Sieger und keine Besiegten geben. Das Datum der nächsten Sitzung ist noch unbestimmt.

Die Parteikrise.

Wir haben gestern den Aufruf einiger Mitglieder des Zentralkomitees (Däumig usw.) wiedergegeben. Heut ersucht uns der Genosse Crispien um Aufnahme der folgenden Ausführungen:

•

Parteigenossen und Genossinnen!

Die Hüllen fallen! Die Unabhängige Sozialdemokratie soll zertrümmert und ihre Mitglieder den Kommunisten zugetrieben werden.

Die Kommunistische Partei ist infolge ihrer schlechten Organisation in ihrer verantwortungslosen Putschtaktik nicht fähig gewesen, größere Massen zu sammeln. Deshalb hat sie ihre ganze Stoßkraft gegen die Unabhängige Sozialdemokratie, die revolutionäre Massenpartei des deutschen Proletariats, gerichtet. Deshalb hat sie planmäßig unsere Partei mit kommunistischen Zellen durchsetzt. Deshalb hat sie gegen alle unsere Mitglieder, die sich gegen die kommunistischen Treibereien wehren, eine persönliche Hetze eröffnet. Sie werden als Sozialverräter, als Konterrevolutionäre, als Feinde Sowjet-Rußlands, als Sozialpazifisten, als „rechte" Führer verleumdet.

Die Unabhängige Sozialdemokratie hat sich aus kleinen Anfängen unter den schwierigsten Verhältnissen des Krieges, der Revolution, der Verfolgungen, des Belagerungszustandes, durch die Opferwilligkeit und Selbstbetätigung aller ihrer Mitglieder zu der revolutionären Massenpartei Deutschlands entwickelt. In dem Augenblick, wo diese Macht für die revolutionäre Entwicklung eingesetzt werden kann, verdoppeln sich die Anstrengungen, das Werk der Zertrümmerung zu vollenden. Denn nur dadurch vermeinen die Kommunisten eine große Partei werden zu können. Dazu haben sie die Moskauer Internationale mißbraucht. Deshalb haben sie das Exekutivkomitee zu immer größerer Verschärfung der Bedingungen veranlaßt, und dadurch den Anschluß der Unabhängigen Sozialdemokratie als Partei verhindert. Ihr Vertreter Ernst Meyer hat auf dem Kongreß die Absicht offen verkündet: Die Unabhängige Sozialdemokratie muß gespalten werden, die „linken Führer" dürfen nicht mehr vor der Spaltung zurückschrecken.

Einige Tatsachen über die Zertrümmerungsarbeit.

In Berlin besteht bereits eine eigene Organisation gegen die Partei. In ihr betätigen sich bekannte Mitglieder der Berliner Organisation. Sie arbeiten Hand in Hand mit Vertretern der Kommunisten. In einer der Sitzungen, die bezeichnenderweise im Jugendheim der Kommunistischen Partei abgehalten wurde, war der Kommunist Schulz anwesend, ein Mitglied der Zentrale der Kommunistischen Partei. Schulz hat wiederholt öffentlich erklärt, daß auf die Spaltung der Unabhängigen Sozialdemokratie hingearbeitet werden müsse. Er ist einer der eifrigsten Organisatoren der Zertrümmerung unserer Partei. Und mit ihm arbeiten Mitglieder der Partei aufs engste zusammen!

In Berlin sind Anweisungen gegeben, wie die Parteiversammlungen zu besetzen und durch Zwischenrufe die Stimmung zu beeinflussen wäre. Auch die Einberufung von öffentlichen Versammlungen durch die Kommunisten wurde durch Mitglieder unserer Partei mit veranlaßt. An „zuverlässige" Genossen werden regelmäßig Referentenmaterial und Resolutionsentwürfe für den Anschluß verschickt.

Von Berlin aus wird das Reich bearbeitet. Auf dem außerordentlichen Parteitag der USP. Oberschlesiens wurde eine der in Berlin fabrizierten Resolutionen in der Tat angenommen. In der Kreisdelegiertenversammlung in Dresden machte unser Parteisekretär Genosse Menke eingehende Mitteilungen über die persönliche Hetze, die betrieben wird. In geheimen Konventikeln hätte man beraten, wie er und Genosse Fleißner zu beseitigen und durch die Genossen Dr. Viktor Stern und Keil zu ersetzen seien. Darauf mußte der Genosse Wittwald zugeben, daß er in ständiger Verbindung mit der Berliner Betriebsrätezentrale stehe und von dort dauernd Material erhalte. Aehnliche Vorgänge werden aus anderen Orten berichtet. In Danzig erschien vor kurzem der Kommunist Eberlein und bestellte die Vertrauensleute der USP. hintenherum zu einer Sitzung, in der sie für den Anschluß bearbeitet wurden. In Bremen erklärten Kommunisten einigen USP.-Mitgliedern ihre Bereitwilligkeit, Geld zur Verfügung zu stellen, um geeignete Referenten aus Berlin kommen zu lassen.

In einem Teil der Presse unserer Partei wird ganz offen der Untergang der Partei verlangt. So schließt die Hamburger Volkszeitung vom 6. September ihren Leitartikel mit den Worten: „Für die USP. gilt das Wort: Man muß zurechten Zeit zu sterben wissen!"

Aber noch mehr! Mitglieder der Parteileitung veröffentlichen einen Aufruf, worin sie sich gegen einen Beschluß der Parteileitung wenden. Sie erheben gegen ihre Genossen und Kollegen die schärfsten persönlichen Angriffe und Beschuldigungen. Sie versenden diesen Aufruf nicht an die Parteipresse, wohl aber an die Rote Fahne, das Zentralorgan der deutschen Kommunisten. (Wir haben den Aufruf erhalten und ihn gestern den Genossen mitgeteilt. Red.)

So arbeiten Mitglieder der Partei in engster Fühlung mit den Kommunisten, deren Führer Dr. Levy bei seiner Berichterstattung aus Moskau erklärt hat: „Wir werden die Bedingungen auslegen, wie wir sie auffassen und werden sie viel schärfer stellen, als die USP.-Leuchen glauben, sie schlucken zu müssen."

Einen wichtigen Schritt haben die Kommunisten bereits getan. Sie haben ihren Namen geändert und heißen jetzt „Kommunistische Partei Deutschlands (Sektion der 3. Kommunistischen Internationale)". Das ist der Name, den Moskau vorgeschrieben hat, und damit erheben die Kommunisten den Anspruch, daß die bisherige Unabhängige Sozialdemokratische Partei in ihrer Partei aufgehen muß. Das bedeutet zugleich, daß sich die heutige kommunistische Zentrale die Leitung über die künftige Partei unter allen Umständen sichern will. Die Annahme der Moskauer Bedingungen bedeutet also die Stellung der Unabhängigen Sozialdemokratie unter die Diktatur der kommunistischen Parteizentrale.

Damit ist der Beweis geliefert, daß es sich um die völlige Vernichtung unserer Partei handelt. Und das bedeutet eine verderbliche Schwächung der deutschen Arbeiterschaft. Sie bedeutet, daß an Stelle der Zusammenfassung aller Kräfte zu revolutionärer Arbeit, Selbstzerfleischung und damit Lähmung der proletarischen Energie eintritt. Wir wären aktionsunfähig zur Zeit der Wirtschaftskrise, zur Zeit der Arbeitslosigkeit, der Massenverelendung. Das ist Arbeit für die Konterrevolution, nicht proletarische Politik. Die Schwächung der Bewegung im einzelnen Lande bedeutet zugleich die Unmöglichkeit, eine wirklich aktionsfähige Internationale zu schaffen. Wichtigste Vorbedingung jeder Internationale der Tat sind geschlossene revolutionäre Massenparteien in den einzelnen Ländern. Es ist wegen der Verschiedenartigkeit der Kampfesbedingungen in den einzelnen Ländern unsinnig und unmöglich, eine einzige internationale Partei zu bilden, die Internationale kann nur die Zusammenfassung der sozialrevolutionären Parteien aller Länder sein. Die Kommunisten aber tragen die Spaltung von Land zu Land, zertrümmern die Macht der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen und zerbrechen jede Aktionskraft. Sie töten so die Internationale!

Das darf nicht geschehen! Deshalb fordert von uns unsere Pflicht und Einsicht, die Bedingungen des Moskauer Exekutivkomitees grundsätzlich abzulehnen. Jeder revolutionäre Proletarier muß sich gegen den Spaltungswahnsinn erheben, und das verderbliche Werk fanatischer Sektierer verhindern! Das Ziel der Kommunisten ist aber unserer festen Ueberzeugung nach aussichtslos. Es ist unmöglich, daß die entwickelte Arbeiterschaft sich Bedingungen auferlegen läßt, die jede Selbstbestimmung und Selbstbetätigung ausschließen, alles geistige Leben ertöten. Die Wirkung der Aufnahmebedingungen der Kommunistischen Internationale ist unbeirrbar die Vernichtung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei. Die Befürworter dieser Bedingungen versuchen diese Wirkung abzuschwächen oder ganz in Abrede zu stellen, um die Mitglieder unserer Partei mit verbundenen Augen den Kommunisten in die Arme zu treiben. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese Bestimmungen, die den Ausschluß aller Parteitagsdelegierten und aller Mitgliedschaften verlangen, die sich dem Diktat nicht unterwerfen, nur auf die Spaltung berechnet sind. Es ist unmöglich, daß der Arbeiterklasse eine Politik von oben und außen aufgedrängt wird in revolutionären Zeiten, wo die Selbstbetätigung und die Entscheidung bei den Massen selbst liegen muß. Es ist unmöglich, daß die deutsche Arbeiterschaft auf die Selbstbestimmung verzichtet, wenn es sich um Tod und Leben handelt. Wenn es sich um den Zeitpunkt der revolutionären Erhebung, wenn es sich um Krieg oder Frieden handelt, dann müssen die Massen sprechen und nicht eine kleine Zahl von Führern bestimmen. Wir können keine Hasardpolitik treiben, die von außen bestimmt wird. Die deutschen Arbeiter müssen Herren ihres Geschickes bleiben!

Deshalb muß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei erhalten bleiben. Ihre historische Aufgabe ist es, auf der unerschütterlichen Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus den Kampf zur Eroberung der politischen Macht und für die Diktatur des Proletariats durchzuführen. Sie muß kämpfen gegen den Sozialreformismus, gegen das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, gegen die Politik der Arbeitsgemeinschaften und gegen alle Verschleierung des Klassenkampfes. Aber sie muß auch die pseudo-radikale Putschtaktik der Kommunisten bekämpfen, die das Proletariat blutigen Niederlagen entgegenführen kann. Dazu muß sie sich stützen können auf kampferprobte und kampfbereite Massen, die wissen, was sie wollen, die zu Opfern bereit sind, die aber auch selbst bestimmen über die Politik und Taktik ihrer Partei. Deshalb muß jede Diktatur von Führern abgelehnt werden, und deshalb muß die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands bestehen bleiben. Dann wird sie auch imstande sein, in enger Verbindung mit den anderen sozialrevolutionären Parteien zu einer Verständigung mit den russischen Kommunisten zu gelangen. Festigkeit und Ent-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200923-16/fragment/page=0001

schlossenheit im Kampf für die Grundsätze und Taktik des Marxismus, des revolutionären Sozialismus, werden unsere Partei in Deutschland und in der Internationale ihre großen Aufgaben erfüllen lassen.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wird deshalb unter keinen Umständen abdanken!

Stärker denn je lebt in uns allen die Ueberzeugung, daß unsere Partei berufen ist, die proletarischen Massen unter ihrem Banner zusammenzufassen.

Es lebe die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Artur Crispien.

Stellungnahme zur Internationale.

Naumburg.

In zwei Mitgliederversammlungen beschäftigten sich die Naumburger Genossen mit der Internationale. Genosse Bergholz (Zeitz) sprach sich gegen die Bedingungen aus, während Genosse Scholem (Halle) in scharfer Form den Anschluß auf Grund der Bedingungen an die 3. Internationale verteidigte. Genosse Scholem griff die Redaktionsführung des Zeitzer Volksboten wegen ihrer Haltung unter dem Beifall der Versammelten heftig an. In der zweiten gutbesuchten Versammlung stellte sich heraus, daß die Klärung unter den Naumburger Genossen inzwischen große Fortschritte gemacht hatte. Eine Resolution des Genossen Scholem, die die Bedingungen als Förderung der notwendigen Umgestaltung der USP. begrüßte, wurde mit 190 gegen 8 Stimmen angenommen, während die Resolution Bergholz verworfen wurde. Die Verhältnisse im ganzen Zeitzer Kreise liegen so, daß Weißenfels und Naumburg geschlossen für, während Zeitz mit 345 gegen 282 Stimmen gegen die Bedingungen gestimmt haben.

Kassel.

Nach zwei Versammlungen mit ausgiebiger Diskussion, in der jedoch alle Redner für Annahme der Bedingungen und nur zwei Redner gegen die Annahme sprachen, wurde mit allen gegen vier Stimmen folgende Entschließung gefaßt:

„Die bitteren Erfahrungen, welche die revolutionäre Arbeiterschaft beim Kriegsausbruch 1914, insbesondere die deutsche, mit der feigen und grundsatzlosen Haltung der Führer der 2. Internationale machten, zwingen zum Aufbau einer neuen, aktionsfähigen und kampfentschlossenen 3. Internationale. Zur Durchführung des Endkampfes zwischen dem Proletariat und dem Kapitalismus braucht das Proletariat in allen kapitalistischen Ländern einheitliche Richtlinien, straffe Zentralisation und eiserne Disziplin. Nach gründlicher Prüfung des Für und Wider in der Frage der Bedingungen für die Aufnahme der USPD. in die 3. Internationale erwartet die Mitgliedschaft Kassel aufs bestimmteste, daß der Parteitag in Halle den Anschluß der USPD. an die 3. Internationale vollziehen wird. Falls der Anschluß nicht sofort vollzogen wird, verlangt sie unbedingt die vom ernsten Willen auf Anschluß getragene Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Exekutivkomitee der 3. Internationale."

Goslar.

Auf der Kreiskonferenz für den Kreis Goslar (Harz) sprach Genosse Plettner für den Anschluß, Genosse Aderhold gegen den Anschluß unter den Bedingungen. Folgender Antrag wurde gegen zwei Stimmen angenommen: „In Anbetracht dessen, daß der Kampf zwischen Kapital und Arbeit immer schärfere Formen annimmt, der einen absoluten internationalen Charakter trägt, ist die Kreiskonferenz Goslar der Auffassung, daß durch den Anschluß an die 3. Internationale unter den uns gestellten Bedingungen und Leitsätzen eine wirklich aktionsfähige proletarische Internationale geschaffen wird. Die Kreiskonferenz erwartet vom Parteitag nunmehr den Anschluß an die 3. Internationale unter den Bedingungen offiziell zu vollziehen."

Schwaben.

Die Konferenz der Vorstände des Kreises Schwaben und Neuburg hat einstimmig beschlossen:

Es ist Pflicht jeder revolutionären Organisation, sich einer revolutionären Internationale anzuschließen. Wie wir bereits vor einem Jahr den direkten Anschluß an Moskau forderten, so erneuern wir heute diese Forderung und begrüßen es, daß sich der Kreis der Genossen, die sich für den Anschluß aussprechen, bedeutend vergrößert hat unter den Verhältnissen, die zum Zusammenschluß und Handeln drängen. Die von der 3. Internationale gestellten Bedingungen, die in den 21 Punkten niedergelegt sind, verlangen von uns nichts, was wir uns als revolutionäre Partei nicht selbst schuldig sind. Die Konferenz ist für die Annahme der 21 Punkte und für den sofortigen Anschluß an die 3. Internationale.

Königsberg.

Die Königsberger Genossen haben in zwei Versammlungen Stellung genommen. Die erste war von 1800, die zweite von 1200 Mitgliedern besucht. Folgende Entschließung wurde mit erdrückender Mehrheit, nur 40 Stimmen waren dagegen, angenommen:

„Die am 17. und 18. September im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung der USP. Königsberg erklärt sich grundsätzlich einverstanden mit den Leitsätzen und Bedingungen der 3. Internationale. Die Versammlung ist der Ansicht, daß der Anschluß an die 3. Internationale sofort zu erfolgen hat, um die geschlossene Front des kämpfenden Proletariats herzustellen. Der Anschluß darf nicht an dem Opportunismus einiger Führer scheitern."

Folgender Zusatz zu dieser Resolution, der vom Genossen Heydemann eingebracht war, wurde gegen zehn Stimmen angenommen:

Die Versammlung ist der Ansicht, daß das Zentralkomitee der USPD. in Verhandlungen mit der 3. Internationale die Grundsätze für die in den einzelnen Ländern notwendige Autonomie festlegen wird."

Weiter wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die Versammlung fordert von der Parteileitung die sofortige Propagierung von politischen Arbeiterräten. Wer diese sabotiert, gibt offen zu, daß er den Kampf um die Ergreifung der politischen Macht fürchtet."

Notizen.

Die Preußische Landesversammlung verhandelte gestern über Groß-Berlin. Alle Anträge auf Verschleppung wurden dem besonderen Ausschuß überwiesen.

Der Fahnenräuber. Der 21jährige Rohrleger Krzeminski, der von der französischen Botschaft in Berlin am 14. Juli die Fahne heruntergeholt hat, wurde zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte neun Monate Gefängnis. Der Angeklagte habe, wie die Urteilsbegründung ausführt, nicht aus eigennützigen Motiven gehandelt, auch nicht, um das Deutsche Reich in politische Verlegenheiten zu bringen, sondern in höchster Erregung.

Die Parlamentswahlen in Dänemark, die durch die Einverleibung Nord-Schleswigs notwendig geworden waren, fanden am Dienstag statt. Der bisherige Folkething (Reichstag) zählte vier Abgeordnete der Erwerbspartei, 25 Konservative, 16 Radikale, 42 Sozialisten und 52 Abgeordnete der gemäßigten Linken (Liberale). Der neue Folkething wird 149 Mitglieder zählen. Es sind gewählt: 3 Erwerbsparteiler, 27 Konservative, 18 Radikale, 48 Sozialisten, 51 Abgeordnete der gemäßigten Linken, ein Schleswiger. In Nord-Schleswig wurden abgegeben: 35 800 dänische, 7005 deutsche und 7800 sozialdemokratische Stimmen.

Die Kämpfe in Irland. London, 22. September. Gestern wurde in Balbriggan, 28 Kilometer von Dublin entfernt, ein Inspektor der irischen Polizei ermordet und sein Bruder verwundet. Um Mitternacht rächte sich die Polizei, indem sie verschiedene Häuser der Stadt in Brand steckte, nachdem sie zuvor die Bewohner daraus vertrieben hatte. Desgleichen wurde eine Wollfabrik und verschiedene Magazine verwüstet.

Millerands Probewahl.

Paris, 22. September. In der heutigen Vorabstimmung entfielen von 813 abgegebenen Stimmen auf Ministerpräsident Millerand 528 Stimmen, auf den Senatspräsidenten Bourgeois 118 Stimmen und auf den Kammerpräsidenten Peret 167 Stimmen. Die übrigen Stimmen waren zersplittert. Millerand ist damit als alleiniger Kandidat für die Präsidentschaft aufgestellt.

Paris, 22. September. Die demokratische Linke, die Sozialisten, die Radikalen und die Radikal-Sozialisten haben gestern beschlossen, die Kandidatur Millerands abzulehnen und einen eigenen Kandidaten aufzustellen, über dessen Name heute Beschluß gefaßt werden soll.

Gegen Eupen-Malmedys Abgabe an Belgien.

Nachdem sich die Meldung, der Völkerbundrat habe die deutschen Kreise Eupen-Malmedy Belgien zugesprochen, bestätigt hat, wurde vom preußischen Staatsministerium beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, beim Völkerbundrat gegen die Angliederung der Kreise Eupen und Malmedy an Belgien im Hinblick auf die dabei begangenen Verletzungen des Artikels 34 des Versailler Friedensvertrages Rechtsverwahrung einzulegen.

Gegen den Kartoffelwucher!

Ein Proteststreik in Gotha.

Das Gewerkschaftskartell in Gotha veranstaltete anläßlich einer am Mittwoch stattgefundenen Versammlung des Gothaischen Bauernbundes einen Proteststreik, um auf diese Weise auf die Landwirte dahin einzuwirken, daß sie die Kartoffelversorgung des Landes Gotha zu einem ermäßigten Preise gewährleisten. Die Arbeiterschaft verlangt natürlich Bezahlung der Streiktage.

Die Selbsthilfe der Eisenbahner. In Mühlhausen (Thür.) wurde am Mittwoch ein Wagen mit Kartoffeln von den Eisenbahnern angehalten und der Inhalt des Wagens zu 15 Mk. pro Zentner an die Bevölkerung verkauft. Ebenso wurde mit einer Sendung Eier verfahren.

Magdeburg, 22. September. (WTB.) Der Oberpräsident stellte heute nach eingehenden Verhandlungen mit Vertretern der Behörden, der Kommunalverbände und der Beamten- und Arbeiterschaft an die Reichsregierung den Antrag den Erzeugerhöchstpreis für Kartoffeln auf 20 Mark festzusetzen. Auch wird eine strenge und hohe Bestrafung für die Uebertretung des Höchstpreises gefordert.

Arbeiter vor einem Ausnahmegericht!

Wenige Tage vor ihrem Erlöschen soll die Militärjustiz in ihrer schlimmsten Form, nämlich in der der außerordentlichen Gerichte noch einmal ihre Wirkung tun. Vor dem außerordentlichen Gericht der Reichswehr in Berlin stehen 24 Arbeiter, die nach der Anklageakte in einer Nacht des August dieses Jahres in einer Berliner Laubenkolonie dabei überrascht wurden, als sie ein vergrabenes Waffenlager ausheben wollten. Es kam zu einer Schießerei, bei der ein Wachtmeister der Sicherheitswehr erschossen und ein Arbeiter schwerverletzt wurde.

Angeklagt sind: 1. der Metalldreher Karl Liebs, 2. Kutscher Paul Dolling, 3. Kutscher Willi Zilinski, 4. Gastwirt Hermann Drölger, 5. Expedient Fritz Falk, 6. Schlosserlehrling Erich Voß, 7. Töpfer Franz Kaatz, 8. Schlosser Ernst Schulz, 9. Tischler Ernst Mehlberg, 10. Arbeiter Ernst Gennal, 11. Sattler Joseph Urbal, 12. Maschinenarbeiter Paul Franz, 13. Werkzeugmacher Richard Götze, 14. Tischler Willi Stern, 15. Kürschner Willi Winter, 16. Dreher Max Burkert, 17. Mechaniker Theodor Pfeiffer, 18. Arbeiter Otto Wadow, 19. Schlosser Wilhelm Dochow, 20. Photograph Otto Jacob, 21. Müllkutscher Erich Krüger, 22. Schlosser Ernst Franz, 23. Handlungsgehilfe Artur Michaelis und 24. Tischler Erich Scall.

Die Sicherheitswehr hat einen scharfen Ueberwachungsdienst eingerichtet. Eintritt ins Gerichtsgebäude wird nur gegen Legitimation erlaubt, und Eintritt in den Gerichtssaal nur nach gründlicher Durchsuchung auf Waffen gestattet. Im Gerichtsgebäude sind zahlreiche Polizisten in Uniform und Kriminalbeamte in Zivil postiert. Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Ernst, dem als Zivilrichter Geh. Justizrat Dr. Henkel und Landgerichtsrat Jamrath zur Seite stehen, während als Militärrichter Major Schemmel und Sergeant Mews beide vom Reichswehr-Infanterieregiment Nr. 5, fungieren. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Rammin. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Dr. Pönheim, Dr. Weinberg und Dr. Lamp und die Justizräte Dr. Broh und Dr. Fränkel.

Der Anklage liegt eine Verordnung des Reichspräsidenten zugrunde, vom 30. Mai 1920, die folgenden Wortlaut hat:

„Wer frühere oder derzeitige Angehörige der Reichswehr und der Marine, der Freikorps oder sonstiger militärischer Formationen der Sicherheitspolizei oder anderer Wehren zum Ungehorsam mit vereinten Kräften gegen Anordnungen über Auflösung, Vereinigung oder Umgliederung der bestehenden Verbände auffordert, oder wer solchen Ungehorsam oder Widerstand leistet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Gefängnis bestraft. Ebenso wird bestraft, wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer oder politischer Art zusammenzuschließen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt."

Zu Beginn der Verhandlungen stellte der Verteidiger Weinberg fest, daß ein Aktenfaszikel den Verteidigern vorenthalten worden ist und ausdrücklich den Vermerk trägt: „Nicht für die Verteidigung bestimmt." Im weiteren betont er, daß der Staatsanwalt den Mitgliedern des Gerichts schon vor der Verhandlung sein Plädoyer [illegible] zum Zweck der Beeinflussung auf den Tisch gelegt hat.

Staatsanwalt Rammin bestreitet das. Es handele sich lediglich um Auszüge über die Angeklagten und in dem der Verteidigung vorenthaltenen Aktenstück um Ermittlungen des Staatsanwalts und um Haussuchungsmaterial, das einer späteren Anklage dienen sollte. Das Gericht erklärt nach heftigen Protesten der Verteidiger und dem Verlangen um Auskunft, ob es die vom Staatsanwalt soeben vorgelegten Akten kenne, letzteres sei nicht der Fall und es werde sie dem Staatsanwalt, dem Verlangen der Verteidiger gemäß, zurückstellen. Die Verteidigung fordert einen Gerichtsbeschluß und das Gericht beschließt, die Aufzeichnungen des Staatsanwalts nicht einzusehen.

Der Angeklagte Arbeiter Gennal wird von Schreikrämpfen befallen und mit vieler Mühe aus dem Gerichtssaal gebracht. Medizinalrat Dr. Leppmann beantragt, G., den er als schwer hysterisch und geistig schwach bezeichnet, einer Irrenanstalt zur Beobachtung zu überweisen.

Verteidiger Fränkel erklärte, das Gericht sei unzuständig und das Verfahren ungültig, da die Bildung von Ausnahmegerichten gegen die Verfassung verstoße und alle in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten verfassungswidrig und damit null und nichtig seien. Die Verordnung sei weder gegen die Freikorps noch gegen die Orgesch angewendet. Jetzt hole man sie aus den Winkeln hervor, um Arbeiter damit ins Zuchthaus zu bringen. Auch die übrigen Verteidiger ergriffen zu dieser Sache das Wort. Justizrat Broh wandte sich, ohne einen Angriff machen zu wollen, gegen die Illusion, daß überhaupt Recht noch Gerechtigkeit zu erwarten sei. Recht sei nur der Ausdruck der jeweiligen politischen Machtverhältnisse, der augenblicklichen politischen und wirtschaftlichen Struktur. Auch in einem proletarisch regierten Staate wie Rußland. Im weiteren wird von der Verteidigung ausgeführt, an Stelle des Reichswehrministers hätte der Reichspräsident auch seinen Sekretär, seine Frau oder seine Köchin mit der Zusammensetzung des Gerichtes beauftragen können. An Stelle der fünf Richter hätte man auch fünf Korpsstudenten, fünf Deutschnationale oder fünf Kommunisten bestimmen können.

Der Staatsanwalt wandte sich gegen diese Anfechtungen. Das Parlament habe die Verordnung, wenn auch gegen die Stimmen der Unabhängigen, genehmigt. Er könne versichern, daß auch Untersuchungen gegen rechtsstehende Personen in nächster Zeit abgeschlossen seien. Es handele sich nicht um eine Ausnahme, sondern um ein zulässiges Sondergericht.

Das Gericht selbst erklärt sich für zuständig. Die Verhandlung wurde jedoch auf Mittwoch vertagt, da die Verteidigung den Landgerichtsrat Jamrath, der den Angeklagten Falk seiner Mutter gegenübergestellt hat, wegen Befangenheit und die beiden Richterbeisitzer und den Major wegen Mitwirkung bei der Erörterung des Hauptverfahrens abgelehnt hat, und über diese Ablehnungsanträge ein anderes Gericht zu entscheiden hat.

Sabotiertes Branntweinmonopol.

Der ungeheure Reichsdalles gab Anlaß zur Einführung des Branntweinmonopols. Aus einem Hektoliter Spiritus sollten 800 Mark Ueberschuß herausgewirtschaftet werden. Insgesamt sollte das Monopol einen Ueberschuß von annähernd einer Milliarde für den Reichssäckel herauswirtschaften. Jetzt wird aber, wie eine leitende Persönlichkeit bedeutender Fachverbände sich äußerte, statt mit einem Ueberschuß, mit einem Defizit gerechnet. Das Berliner Tageblatt berichtet darüber:

„Eine der Hauptursachen dafür war der kostspielige riesige Beamtenapparat, der zu einer besonderen Last wurde, als die heerespflichtigen Angestellten des Monopols heimkehrten und die zur Entlassung kommenden Kräfte auf Grund des Gesetzes ihre Entschädigungsansprüche geltend machten. Dabei ergab sich die ungewöhnliche Tatsache, daß einfachsten Bureaukräften, wie Stenotypistinnen und ähnlichen Hilfskräften Entschädigungssummen in der Höhe von 60 000 Mk., 70 000 Mk. und mehr gezahlt werden mußten."

Kann es nach bürgerlichen Begriffen einen schlagenderen Beweis geben für die gewaltige Ueberlegenheit der privaten über die Gemeinwirtschaft? In der Tat, eine solche Wirtschaft ist mehr als gemein, und weder mit den vorzitierten Monitas, noch aus dem Rohstoffmangel zu erklären. Gewiß liegt die Spiritusindustrie schwer darnieder. Aber es ist doch auch zu berücksichtigen, daß das Amt Sprit zu dem billigen Preise von 12 Mk. bis 14 Mk. kaufte und zu dem Wucherpreise von 60 bis 90 Mk. wieder an den Mann brachte. Trotzdem noch nicht einmal Deckung der Unkosten! Ohne gewollte Sabotage kann das Riesendefizit kaum zustande gekommen sein. Sabotage gegenüber den die Privatindustrie einengenden Einrichtungen ist auch nie so nachhaltig und inbrünstig getrieben worden als gegenwärtig. Will man doch mit allen Kräften Beweise auftürmen, daß nur die uneingeschränkte Profitwirtschaft des Volkes Wohl begründen kann. Aber wenn auch wirklich keine systematische Sabotage betrieben worden wäre, so würde das Fiasko des Branntweinmonopols nichts gegen die Gemeinwirtschaft, geschweige denn gegen die sozialistische Gemeinwirtschaft besagen, sondern höchstens dartun, daß der heutige Staatsbureaukratismus nur durch die wirkliche Sozialisierung abgelöst werden muß.

Die Zukunft der Ukraine.

Seit vielen Jahren richtete der deutsche Handel seine besondere Aufmerksamkeit auf den Osten und speziell auf die Ukraine, und das nicht mit Unrecht, da der Warenaustausch zwischen dem industriereichen Deutschland und der Ukraine, dem größten Getreidereservoir Europas, beiden Teilen nur Nutzen bringen konnte. Ueber 5 Millionen Tonnen Getreide exportierte die Ukraine im Durchschnitt der letzten 20 Jahre. Nach Ausbruch der Revolution in der Ukraine im Februar 1917 geriet jedoch der schon bis dahin nur mangelhafte Transportapparat in die größte Verwirrung und jene Kornkammer des Ostens, deren Schätze Ludendorff und seinen Helfershelfern trotz Blockade und militärischer Ueberlegenheit der Westmächte den Sieg verbürgen sollten, blieb verschlossen. Trotz ihrer umfassenden Organisation war die deutsche Heeresverwaltung nicht imstande, auch nur ein Drittel der vereinbarten Getreidemengen zu sammeln und abzutransportieren. Noch geringeren Erfolg hatten die Bolschewisten. Während der Invasion im Jahre 1918 konnten sie weder die Getreideüberschüsse noch die riesigen Zuckermengen der Ukraine bergen. Ebensowenig Erfolg hatten die Transportorganisationen der Denikin-Verwaltung, obwohl Denikin den getreidereichsten südlichen Teil des Landes völlig in der Hand hatte. Alle Parteien scheiterten an der Zerrüttung des Verkehrswesens und an dem Widerstand der national orientierten Bevölkerung. Eine Gesundung des Verkehrswesens kann aber nur eintreten, und darüber sind sich alle Kenner des Landes einig, wenn die Verwaltung in den Händen einer Regierung ruht, die das Vertrauen der demokratischen Bauernschaft genießt.

Sowohl Polen wie auch Rußland glaubten über das Nationalgefühl der Ukrainer hinweggehen zu können. Die Geschichte der letzten Jahre und Monate hat gezeigt, daß der Widerstand der ukrainischen Bevölkerung jedweden äußeren Zwang überwinden wird. Das scheinen jetzt auch die Russen und die Polen eingesehen zu haben, indem sie endlich „dem ukrainischen Separatismus Rechnung trugen. So ist es wahrscheinlich, daß in Riga, wohin sowohl Moskau wie auch Warschau ukrainische Delegationen entsandten, die ukrainische Frage den Mittelpunkt der Verhandlungen bilden wird. In einer Note an Danischewski hat Tschitscherin erklärt, daß die Sowjetregierung bereit sei, bei den Friedensverhandlungen die volle staatliche Autonomie der Ukraine anzuerkennen. Trotz ihres expansiven Dranges sah sich die Moskauer Regierung zu diesem Zugeständnis genötigt, da die verschiedenen Versuche, die Ukraine unter das Moskauer Regime zu zwingen, selbst in den Kreisen der ukrainischen Kommunisten stärksten Widerstand fanden und nur die gegenrevolutionäre Bewegung und die Hinneigung zu Denikin und den Polen gefördert hat.

Und das ist ganz erklärlich: In der Ukraine kann sich nur eine Regierung halten, die sich auf die Bauernschaft stützt, die Vierfünftel der Bevölkerung ausmacht und uneingeschränkt demokratischen Tendenzen huldigt. Da diese Demokraten sich unter keinen Umständen und zu keiner Zeit dem Moskauer Diktat gefügt haben oder fügen werden, müssen die Russen jetzt ihrem Drängen nachgeben, wollen sie nicht, daß wieder ein großer Teil der Bauernschaft aufsteht und sich diesmal, um die Bolschewisten zu vertreiben, vielleicht mit Wrangel verbündeten, denn Wrangel war klug genug, in seinem und im Namen der gegenrevolutionären südrussischen Regierung zu erklären, daß er die staatliche Autonomie der Ukraine anerkennen wolle. Nachdem also die Polen, die Bolschewisten und gegenrevolutionären russischen Gewalthaber das Nationalgefühl der Ukrainer als berechtigt anerkannt haben, besteht also die Hoffnung, daß in Riga mit diesen demokratischen Nachbarn eine Verständigung erzielt wird.

Um so merkwürdiger mutet es an, wenn man bei dieser Gelegenheit erwägt, daß Rußland, nachdem es mit seinem wahnsinnigen Zentralismus bei seinen eigenen Nachbarn Schiffbruch erlitten hat, Deutschland mit demselben Zentralismus beglücken will.

Wenn aber die Verständigung in Riga gelingt, dann bietet diese Konferenz die Möglichkeit, den hungernden Arbeitern Europas die dort vorhandenen Lebensquellen zu erschließen und die von diesen Arbeitern erzeugten Produkte werden in der Ukraine dankbare Abnehmer finden. Alle Ukrainer mit Einschluß der Kommunisten sind in dem Bestreben nach nationaler Selbständigkeit einig und lehnen das Moskauer Diktat ab. Die Ukrainer wünschen, wie vor einigen Tagen der Berliner Geschäftsträger Dr. Stozky ausführte, daß die Regierung auf aufrichtig demokratischen Prinzipien aufgebaut sei. Die ukrainische Nationalversammlung wird in diesem Bestreben vom größten Teil des Volkes unterstützt. Die von den Ukrainern angestrebten Erfolge könnten aber nur eintreten, wenn die Bauern ihre Wünsche erfüllt sähen. Diese seien: völlige gerechte und möglichst gleichmäßige Aufteilung des Landes unter die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706752621920092316/fragment/page=0002

rainischen Bauern, Befriedigung des nationalen Bildungsbedürfnisses, weitestgehende Berücksichtigung der Bedürfnisse hinsichtlich einer lokalen Selbstverwaltung, Ausbau der beliebten Konsumgenossenschaften, großzügiger Ausbau der Transportwege, Melioration des Bodens — dies alles im Rahmen einer radikaldemokratischen im Sinne der Revolution liegenden Entwicklung.

All diese Wünsche der Ukrainer sind berechtigt und erfüllbar. Die wesentlichen Momente, der Drang in der ukrainischen Bauernschaft, den fremdständischen (polnischen) Großgrundbesitz zu enteignen und die Lösung der Verkehrsfrage liegen durchaus im Bereich der Möglichkeiten. Die grundlegende Vorbedingung aber, der Aufbau des Verkehrswesens, kann erst geschaffen werden, wenn ruhige politische Zustände in der Ukraine eingetreten sind. Und auch dann wird es noch Monate und Jahre in Anspruch nehmen, sofern nicht durch Lastkraftwagenzüge eine behelfsmäßige Besserung herbeigeführt werden kann.

Wer es mit dem Wiederaufbau Deutschlands ernst meint, muß mit dem Wiederaufbau der Ukraine anfangen. Das Betätigungsfeld, das eine geordnete Ukraine der deutschen Industrie darbietet, ist von fast unbegrenzter Größe. Von Moskau hängt es jetzt vor allem ab, ob dies Land, das eine Kraftquelle für alle Weststaaten werden kann, durch die Heraushebung aus dem polnisch-russischen Konflikt gesundet, oder ob es durch die Verkennung der ökonomischen und wirtschaftlichen Verhältnisse weiterhin einen Vasallenstaat bilden soll, dessen Bestehen die östlichen Wirren verewigen muß.

Aus der Provinz.

Protest gegen die Methoden des Zentralkomitees.

In ihrer letzten Sitzung nahm die erweiterte Bezirksleitung der USP. für Halle-Merseburg gegen eine Stimme folgende Entschließung an, die dem Zentralkomitee übermittelt wurde:

Die erweiterte Bezirksleitung des Agitationsbezirks Halle-Merseburg erhebt energischen Protest dagegen, daß der Parteitag nicht — wie vorgesehen — am 24., sondern schon am 12. Oktober beginnen soll. Die Bezirksleitung Halle sieht in dieser Vorverlegung des Termins einen Versuch der Mehrheit des Zentralkomitees, den radikalen Flügel der Partei bei seiner Aufklärungsarbeit in den Bezirken zu hindern. Das Zentralkomitee hat damit eine geregelte Wahl der Parteitagsdelegierten erschwert und wollte sie offenbar erschweren, weil es die Stimmung in den Mitgliederkreisen fürchtet. Man hat auch schon vorher gewußt, daß der Reichstag am 18. Oktober zusammentritt, und es ist ein offenbarer Vorwand, wenn man das jetzt zum Anlaß nimmt, um in überstürzter Weise den Parteitag einzuberufen. Gegen solche Methoden, die gar nicht im Einklang stehen mit den schönen Redensarten über Mitbestimmungsrecht der Mitglieder usw., wendet sich die Bezirksleitung Halle und fordert das Zentralkomitee auf, unverzüglich den alten Termin zur Einberufung des Parteitages wieder herzustellen.

Gegen die Zerstückelung der Provinz Sachsen.

G. K. Im Februar dieses Jahres hat der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen eine Entschließung gefaßt und den zentralen Reichs- und Staatsbehörden sowie den Parlamenten unterbreitet. Der Ausschuß erhob darin gegen die damals im Entwurf zur deutschen Reichsverfassung geplante Auflösung des preußischen Staates in einzelne Teile schärfsten Widerspruch, da die Erhaltung Preußens als einheitlicher, fest organisierter Großstaat eine Lebensfrage für den dauernden Bestand des Deutschen Reiches sei. Insbesondere legte der Provinzialausschuß namens des Provinzialverbandes gegen den Plan einer Trennung der Regierungsbezirke Merseburg und Erfurt oder anderer Teile von der Provinz Sachsen entschiedenste Verwahrung ein, da diese Bezirke durch langjährige gemeinsame Geschichte und Verwaltung mit den übrigen Teilen der Provinz eng verwachsen sind und ihre Aussonderung neben unnötigen Verwaltungsschwierigkeiten eine ungerechtfertigte Schwächung Preußens bedeuten würde.

Im Provinziallandtag, der durch den Kapp-Putsch bekanntlich seine Arbeiten unterbrechen mußte, wurden die Absichten Groß-Thüringens, von der Provinz Sachsen ganz erhebliche und wirtschaftlich wertvolle Teile abzutrennen, ebenfalls auf das Entschiedenste mißbilligt und einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich ganz unzweideutig gegen solche Pläne wandte. Inzwischen ist das Land Thüringen entstanden, und zwar durch Zusammenfassung der vielen Zwergstaaten, die von jeher ein Hindernis für die freie Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte waren. Wenn von den Förderern des Landes Thüringen nichts weiter beansprucht würde, als die inmitten der ehemaligen thüringischen Kleinstaaten belegenen preußischen Enklaven, so würde dagegen nichts einzuwenden sein, wenn andererseits die in der Provinz Sachsen enklavierten thüringischen Landesteile dagegen ausgetauscht würden. Dagegen wendet man sich aber mit einem Eifer, der wahrlich einer besseren Sache würdig wäre, wobei man noch nicht einmal den Willen der in Frage kommenden Bevölkerungsteile respektiert. Wohl die Gesamtbevölkerung des zu Weimar gehörigen Kreises Allstedt, die eingekeilt ist zwischen die Kreise Sangerhausen, Eckartsberga und Querfurt, hat den sehnlichsten Wunsch, zu Preußen zu kommen. Besonders zu dem nahegelegenen Sangerhausen bestehen die engsten wirtschaftlichen Beziehungen. Alle nach dieser Richtung zielenden Bestrebungen sind von den Thüringer Regierungsmännern schroff abgelehnt worden. Aus dem Bestreben heraus, auf Kosten Preußens einen mitteldeutschen Großstaat Thüringen, womöglich mit einem „Korridor" bis an die Ost- oder Nordsee, zu schaffen. Das gleiche trifft zu auf die im Kyffhäusergebiet gelegenen Schwarzburgischen Kreise Sondershausen und Frankenhausen sowie die an den preußischen Kreis Naumburg angrenzende Grafschaft Kamburg. Im Gegenteil wird weiter für die Abtrennung von Teilen der Kreise Naumburg, Zeitz, Weißenfels, Eckartsberga, Weißensee und Sangerhausen agitiert, um dem neuen Lande Thüringen wertvolle Kohlen- und Getreidegebiete einzuverleiben, ohne deren Besitz das neue Staatswesen einfach nicht lebensfähig ist.

Das Land Thüringen ist geschaffen, die eben gekennzeichneten Bemühungen werden aber auf der anderen Seite trotz getroffener Abmachungen mit Eifer fortgesetzt. In der letzten Sitzung des Provinzialausschusses wurde zum allgemeinen Erstaunen zur Sprache gebracht, daß die jetzige Reichsregierung anscheinend gesonnen sei, den Wünschen Thüringens bis zu einem gewissen Grade nachzukommen. Es erregte Befremden, daß die Reichsregierung wohl die thüringischen Lostrennungsbestrebungen, nicht aber eine energische Gegenagitation seitens der in Frage kommenden preußischen Bevölkerungsteile dulde. Die im Regierungsbezirk Erfurt wohnende Bevölkerung will sich aber auf keinen Fall dem auf schwachen Füßen stehenden Thüringen anschließen und verlangt die volle Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes. Nach eingehender Aussprache, an der sich auch der Vertreter der preußischen Staatsregierung unter Anführung interessanter Einzelheiten beteiligte, und in deren Verlauf die höchst merkwürdigen Verwaltungsmaßnahmen des Reiches hinsichtlich des Finanzwesens gebührend gekennzeichnet wurden, wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der Provinzialausschuß verfolgt mit wachsender Besorgnis die Vorgänge, welche auf eine Abreißung von Gebietsteilen Preußens und insbesondere der Provinz Sachsen und deren Zuschlagung zum Lande Thüringen hinzielen.

Der Provinzialausschuß fordert einmütig und mit Entschiedenheit, daß — unbeschadet des Austausches kleiner Enklavensplitter — weder Preußen noch die Provinz Sachsen irgendwelche Gebietsteile verlieren, um einen neuen Kleinstaat im Gebiet des Deutschen Reiches ausgestalten zu helfen. Er fordert deshalb, daß auch alle Schritte und Verwaltungsmaßnahmen von Reichs- oder Staatsbehörden unterbleiben, welche solcher Abreißung Vorschub zu leisten geeignet sind. Als solche Maßnahmen sieht er unter anderen die Abgrenzung der Bezirke der Landesfinanzämter Magdeburg und Rudolstadt für ihre Abteilungen 1 und 2 an und erhebt hiergegen entschiedensten Widerspruch mit dem Verlangen, die Abgrenzung dieser Aemter unter voller Wahrung der preußischen Landes- und Provinzgrenzen vorzunehmen."

Die unabhängig-sozialdemokratischen Mitglieder des Provinzialausschusses haben ohne Bedenken dieser Entschließung ihre Zustimmung geben können, weil sie der Ansicht sind, daß durch die Schaffung eines neuen, von vornherein lebensunfähigen Staates der Gedanke des Einheitsstaates keine Förderung erfährt. Stärkung und nicht Zerreißung Preußens ist notwendig, um einen starken Volksstaat Deutschland zu schaffen. Um bei den zuständigen Reichs- und Landeszentralstellen die einmütige Stellungnahme der Provinz Sachsen in der Frage Thüringen vorzutragen, beauftragte der Provinzialausschuß seinen Vorsitzenden und den Landeshauptmann, in Gemeinschaft mit dem Oberpräsidenten die erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Die Eisenbahnbetriebsräte gegen den Kartoffelwucher.

Vor einigen Tagen haben wir erst ausführlich darüber berichtet, wie der Kartoffelwucher in der Provinz immer mehr um sich greift. Da die Regierung dem schamlosen Treiben der Agrarier tatlos zusieht, bleibt der Arbeiterschaft nur die Selbsthilfe übrig. Die Eisenbahner haben nun zu einem Mittel gegriffen, das sicher nicht ohne Erfolg sein wird: Sie verweigern den Kartoffeltransport, bis eine Preissenkung eintritt. In einer Versammlung der Eisenbahn-Betriebsräte in **Magdeburg** wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die heute tagende Vollversammlung der Eisenbahnbetriebsräte Magdeburgs des Deutschen Eisenbahnerverbandes sowie Vertreter der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten beschließt aus Anlaß der hohen Kartoffelpreise keine Beförderung von Kartoffeln mehr zuzulassen, bis eine Preissenkung eingetreten ist. Das Eingreifen der Regierung in der Preisfrage hat keine Befriedigung ausgelöst. Wir fordern die gesamte Arbeiterschaft sowie die Betriebsräte, speziell die der Versandabfertigungen auf, jeden Transport sowie jede Wagengestellung zu unterbinden.

Jede Zuführung von Kartoffeln zu Brennereizwecken wird von der Eisenbahnarbeiter- und -beamtenschaft verhindert werden, so lange, bis die Versorgung der Bevölkerung zu annehmbaren Preisen sichergestellt ist. Weiter fordern die Eisenbahner die Regierung auf, sofort eine Preissenkung für Kartoffeln herbeizuführen.

Bleibt das Eingreifen der Regierung ohne Erfolg, sieht sich die Bevölkerung gezwungen, zu den Mitteln der Selbsthilfe zu greifen.

Weiterer Preiswucherung durch die Landwirte wird durch Versagen der Transporte Einhalt geboten. Die Versammlung erblickt in diesem Vorgehen den einzigen Weg der Besserung für die gesamte Bevölkerung Deutschlands.

Die Versammlung fordert von sämtlichen Eisenbahner- und Transportarbeiter-Betriebsräten sowie von der gesamten Arbeiterschaft, sie bei der Durchführung dieser Entschließung zu unterstützen.

Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten.

Deutscher Eisenbahner-Verband."

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells zu Magdeburg erklärte sich mit dieser Entschließung solidarisch.

Sangerhausen. Mitgliederversammlung. In der am Mittwoch, den 15. September, stattgefundenen Mitgliederversammlung der USP. war der Beschluß gefaßt worden, infolge der vorgerückten Stunde die Fortsetzung der Versammlung in allernächster Zeit stattfinden zu lassen. In der Versammlung vom 21. September erstatteten nun einleitend die Genossinnen Bretschneider und Franzke den Bericht über den Bezirksfrauentag der USP. in Halle. Der Frauentag habe gute, positive Arbeit geleistet. Bezüglich der Agitation unter den Frauen müsse eine intensive Tätigkeit einsetzen. Genossin Franzke brandmarkte ganz besonders die Gleichgültigkeit unter den weiblichen Mitgliedern des Sangerhäuser Kreises. In der Aussprache wurde über die örtlichen Verhältnisse ausgiebig debattiert. Genosse Banse schilderte in längeren Ausführungen die schwierige finanzielle Lage des Kreises. Damit hänge auch die obligatorische Einführung der Kämpferin aufs engste zusammen. Kommen die Ortsvereine im Kreise ihren Verpflichtungen pünktlich nach, was leider nicht der Fall ist, dann kann auch die Bildungs- und Agitationsarbeit intensiver betrieben werden. In die Kinderschutzkommission werden die Genossinnen Emmel, Hennicke, Schebel, Bretschneider gewählt. Für die Abhaltung von Frauenabenden soll ein Zimmer gemietet werden. Sodann sprach Genosse Banse das Bezirksstatut mit seinen Aenderungen durch. Es wurde in seiner neuen Form einstimmig angenommen. Schließlich gab Genosse Banse noch einen kurzen Bericht über die letzte Bezirksvorstandssitzung, auf der besonders bezüglich der Kontrolle der Waffentransporte durch Deutschland positive Beschlüsse gefaßt worden seien. Als Delegierte zum Kreistag am 3. Oktober wurde Genossin Franzke, Genosse Franzke, Täckelburg und Franke gewählt. Ein Antrag auf durchgreifende Türkontrolle bei Mitgliederversammlungen wurde einstimmig angenommen. In den Bildungsausschuß wurde Genossin Bretschneider, Genosse Banse und Haberland gewählt. Zum Schluß wurden die Anwesenden aufgefordert, vor dem 1. Oktober eine intensive Volksblattagitation zu entwickeln.

Zschornewitz. Einbruch. In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde auf dem hiesigen Kraftwerk ein größerer Einbruchsdiebstahl ausgeführt. Die Diebe hatten die Mauer zur Werkskantine durchbrochen und aus der Kantine einen Geldbetrag von 12 000 bis 15 000 Mk. entwendet. Aus einem anderen Raume sind verschiedene elektrische Instrumente gestohlen worden.

Zörbig. Für den Anschluß an die 3. Internationale. In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung des Ortsvereins der USP. referierte am Mittwochabend Genosse Bohla (Halle) über die Anschlußbedingungen, deren Annahme er als unbedingte Notwendigkeit bezeichnete. An das Referat knüpfte sich eine rege Aussprache, in der verschiedene Genossen zum Ausdruck brachten, daß nur durch die Annahme der Moskauer Bedingungen der revolutionäre Befreiungskampf des deutschen Proletariats zum Siege geführt werden könne. Da der als Korreferent vorgesehene Genosse Kohl (Halle) nicht erschienen war, stellte ein Genosse Antrag auf Vertagung der Versammlung. Er fand jedoch bei den Mitgliedern so gut wie keine Unterstützung. Folgende Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen:

„Die heutige Mitgliederversammlung der USP. für Zörbig nimmt zu den Bedingungen der Moskauer 3. Internationale folgenden Standpunkt ein: Wenn der deutschen Arbeiterschaft es im Ernst darum zu tun ist, den begonnenen revolutionären Befreiungskampf zu einem siegreichen Ende zu führen, d. h. daß er mit der Diktatur des Proletariats endigt, dann müssen wir den uns gezeigten Weg von Moskau beschreiten und die Bedingungen anerkennen."

Zu der demnächst in Delitzsch stattfindenden Kreis-Generalversammlung wurden drei Genossen als Delegierte gewählt. Diese Genossen mußten vorher der Versammlung die Erklärung abgeben, daß sie auf der Kreis-Generalversammlung im Sinne ihrer Wähler handeln werden und nur solchen Parteitagsdelegierten ihre Stimme geben, die für die Annahme der Bedingungen eintreten.

Wittenberg. Eine Geheimschlächterei ist in der Berliner Straße 1 aufgehoben worden. Zwei Schweine und ein Rind verfielen der Beschlagnahme. Anscheinend ist auf dem Grundstück schon mehr geschlachtet worden.

— Die Maul- und Klauenseuche greift erneut in unserem Kreise um sich. Nach der letzten Bekanntmachung des Landrats ist die Seuche in nicht weniger als 24 Orten und 51 Gehöften festgestellt worden.

— Kartoffelversorgung. Endlich hat unser Kreis in die Kartoffelversorgung regelnd eingegriffen. Nach langwierigen Verhandlungen mit den Interessenten ist ein Vergleich zustande gekommen, wonach die Landwirte auf den Vertragspreis von 30 Mk. verzichtet haben und sich mit 20 Mk. einverstanden erklärten. Dieser Preis gilt bis 30. November 1920 für Vertragskartoffeln und vertragsfreie Kartoffeln aus der Kreisernte. Anfuhr kostet bis 10 Pf. pro Zentner und Kilometer. Zur unmittelbaren Versorgung sind 60 Prozent Vertragskartoffeln freigegeben. Die Ortsbehörden stellen Bezugsscheine über höchstens 3 Zentner für jeden Haushalt aus gegen eine Gebühr von 2 Mk. pro Zentner, so daß der Gesamtpreis 22 Mk. beträgt. Jeder Haushalt und jede Einzelperson erhält nur einen Bezugsschein. Außerdem werden Kartoffeln zum Einzelverkauf gegen Marken zu einem von den Magistraten usw. festzusetzenden Preis zur Verfügung gestellt. 40 Prozent der Vertragskartoffeln müssen die Landwirte zur weiteren Verfügung des Kreisausschusses bereithalten.

— Eine Erhöhung der Höchstmieten von 20 auf 40 bis 50 v. H. haben die hiesigen Hauswirte beim Magistrat beantragt. (Wir empfehlen den Mietern, eine diesbezügliche Notiz in der letzten Dienstag-Nummer zu beachten, nach der das Vorgehen der Hausbesitzer rechtlich unzulässig ist. Die Red.)

Mühlberg. Kartellsitzung. An Stelle des früheren Kassierers Weger, der sein Amt niedergelegt hat, wurde Kollege Schmidt gewählt. Dem Bericht von der Kreiskartellsitzung erstattete Genosse Naumann. Daraus ist besonders hervorzuheben, daß sich das Kreiskartell die Bildungsfrage der organisierten Arbeiterschaft etwas mehr angelegen sein lassen will. Vor allen Dingen sollen naturwissenschaftliche Lichtbildervorträge veranstaltet werden. Für Mühlberg ist der Lichtbildervortrag: Die Entwicklung vom Tier zum Menschen geplant. (Vortragender: Genosse Laube-Leipzig). Da das Kreiskartell zu einer Sitzung der Preisprüfungsstelle nicht hinzugezogen wurde, hat das Kartell als wichtigster Faktor des Kreises dagegen Protest eingelegt. Getadelt wurde, daß das Wohlfahrtsamt in Liebenwerda die gute Qualität von verschiedenen Bedarfsartikeln nur an Kriegsbeschädigte abgibt, während sich unbemittelte organisierte Arbeiter mit der übriggebliebenen minderwertigen Ware begnügen müsse. Beim Kreiskartell soll die Errichtung eines selbständigen Schlichtungsausschusses für den Kreis Liebenwerda beantragt worden. Für den Kartellbezirk Mühlberg wurde sodann ein Revierrat gewählt. Zum Vorsitzenden wurde der Korbmacher Paul Thiele als Kassierer der Landarbeiter Schemel und als Schriftführer Otto Wenschke gewählt. Eine längere Debatte entspann sich über die syndikalistische Bewegung im Landarbeiter- und Fabrikarbeiterverband, die vor allen Dingen aus der Erhöhung der Mitgliederbeiträge zu erklären ist. Es ist aber ein Irrwahn, wenn die Arbeiter glauben, in kleinen Grüppchen ihre Lage verbessern zu können. Hat doch die Vergangenheit gelehrt, daß nur ein starker Zentralverband dem Unternehmertum gegenüber wirksam ist.

Im Terpentinölgehalt liegt der Hauptunterschied

zwischen gewöhnlicher Ware und

Dr. Gentner's Schuhputz **Nigrin** mit Banderole

denn nur reines Terpentinöl wird zu dessen Herstellung verwendet, erzeugt daher raschen Glanz und weiches, geschmeidiges Leder.

Rotstern Bleichsoda — frei von Füllstoffen und Beschwerungsmitteln — wird auf Lager nicht feucht.

*1391

Vertreter: **Eberwien & Co.**, Halle (Saale), Talamtstraße 2.

Fernruf 1224 **Leipziger Straße 88** Fernruf 1224

Fernruf 5733 **Alte Promenade 11a** Fernruf 573

U.T

Ab morgen **Das große Doppel-Programm!** Ab morgen

FÖHN

Großer dramatischer Film in 5 Akten mit
Käthe Haak :: :: Ilse Götzen.

Prachtvolle Aufnahmen von unübertrefflicher Schönheit aus den Alpen kennzeichnen diesen Film und müssen selbst den größten Kinogegner begeistern.

Aus dem Inhalt: **Wettersturz :: Elmsfeuer :: Gewitter Schneesturm in den Alpen :: Notfeuer usw.**

Vorführung: 4.00 6.30 9.10 Uhr.

Ossi Oswalda

als keeke Cowgirl in

Das Valutamädel!

Lustspiel in 4 Akten.

Vorführung: 5.20 8.00 Uhr.

Infolge der Länge des Programms beginnt die Abend-Vorstellung **pünktlich 8 Uhr.**

Ab morgen

Die Berliner Range.

II. Teil:

Lotte kuppelt!

Lustspiel in 3 Akten mit

Hilde Wörner.

Vorführung: 5.40 8.20 Uhr.

Ab morge

Der große Prunkfilm:

Satan Diktator

Tragödie eines Fürstengeschlechtes in 6 Akten.
Zeit und Ort der Handlung: England anno 1750.

Mitwirkende sind bekannte Leipziger Künstler, w
Lothar Körner, Cläre Harten, Herbert Hübner u.
Der Film wurde in Leipzig und Umgegend aufgenomm
z. B. Park in Oetzsch.

Vorführung: 4.00 6.20 9.00 Uhr.

Beginn 4 Uhr. Wochentags bis 5 Uhr kleine Preise bei vollem Programm. Eintrittskarten haben nur am Tage der Lösung Gültigkeit. **Beginn 4 Uhr**

Versammlungs-Anzeiger USPD.

Halle und Saalkreis.

Sekretariat: Harz 42—44, Zimmer 23—24. Wochentags geöffnet von 9—1 und 4—7 Uhr. — Sonnabends nachmittags geschlossen. —
Fernsprecher 1473.

Mitglieder-Versammlungen.

Friedrichschwerz.
Freitag, den 24. September, abds. 8 Uhr, im Gasthof.

Löbejün.
Freitag, den 24. September, abds. 8 Uhr, im Gasthof Gute Quelle.

Seeben.
Sonnabend, den 25. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Glaser.

Merkewitz.
Sonnabend, den 25. September, abends 8 Uhr, im Gasthof Schaaf, Weskewitz.

3804 Der Vorstand.

Achtung! 3805 **Achtung!**

Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten.

Freitag, den 24. September, abends 7 Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27:

Versammlung.

Tagesordnung:
1. Der Klassenkampf der Angestellten und die Zentralverbandspolitik. (Referent: Kollege Fritz Wolff von der Berliner Opposition.
2. Verschiedenes.

Kolleginnen und Kollegen! Erscheint vollzählig in dieser Versammlung. Der Einberufer.

USPD. Schmiedeberg.

Sonntag, den 26. September, nachmittags 3 Uhr, im Schützenhaus:

Außerord. Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: *1998

Anschlußbedingungen zur 3. Internationale und sonstige wichtige Tagesfragen.

Referent und Korreferent zur Stelle.

Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.

Um zahlreich. Besuch bittet Die Ortsverwaltung.

Konsumverein für Bockwitz u. Umg.

e. G. m. b. H.

Sonntag, den 26. Septbr., nachm. 1/2 3 Uhr, in der Aula der Schule zu Bockwitz:

Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 1919/20, sowie Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
3. Antrag der Verwaltung auf Abänderung der §§ 44 und 46 des Statuts (Erhöhung des Geschäftsanteils auf 200 Mk.)
4. Antrag der Verwaltung auf Bewilligung von Geldmitteln zum Ankauf eines Hausgrundstücks in Raundorf.
5. Anträge nach § 32 des Statuts.
6. Genossenschaftliches. *1904

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Aufsichtsrat.
gez. Wilhelm Herz, Vorsitzender.

Schuh-Verkauf!

Freitag, den 24., und Sonnabend, den 25. d. M., findet im **Volkspark** ein **Verkauf** von *1993

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln

statt. **Verkaufszeit:** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Artur Lindner, Weissenfels.

Ansichtskarten

empfiehlt Volksbuchhandlung, Harz 42|44.

Ab Freitag! **Erstaufführung!**

Der erste grosse **Sensationsfilm** der Bioscope-Klasse 1920/21:

Schrecken

3799

(Der Januskopf).

Eine Tragödie am Rande der Wirklichkeit.

Gr. Ulrichstraße 51.
Fernruf 4681.

Wochentags: Beginn 4, Einlaß 3 1/2 Uhr.
Sonntags: Beginn 3, Einlaß 2 1/2 Uhr.

6 Akte

Dieser Film hat eine sehr phantastische, ins kriminalistische spielende Handlung, die bis zum Schluss im höchsten Grade spannt. **Conrad Veidt** spielt mit **hervorragender, künstlerischer Prachtleistung** seine rätselhafte Rolle.

6 Akte

Vorführung: 4.40 6.45 8.55 Uhr.

Hierzu: **Badebubi.** Ein heiteres Spiel in 3 Akten mit **Paul Heidemann.**

Stadttheater

Freitag, den 24. Septe
Anf. 7 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr
Tannhäuser.
3800 Sonnabend: **Königskinder.**

A. Thates Restaurant

Berliner Str. 31.
Freitag, den 24. Septemb
abends 7 1/2 Uhr: 37

Preisskaten

Gasthaus zur Sonne

Richard-Wagnerstr.
Freitag, den 24. Septemb
abends 7 Uhr: 37

Preisskaten

W. L. T.

Walhalla-Lichtspiel-Theater

Ab Freitag, den 24. September 1920:

JUDEX!

Zweiter Teil
:: 4 Akte ::

Dritte Episode: Die phantastische Meute.
Vierte Episode: Der leere Sarg.

Vorführung: 4.00 6.45 9.30 Uhr. Vorführung: 4.00 6.45 9.30 Uhr.

Die Augen als Ankläger!

Detektiv-Drama in 5 Akten. Bearbeitet von Helmuth Ortmann.

In der Hauptrolle:
Evi Eva :: Heinrich Schroth :: Ernst Rückert

Vorführung: 5.10 7.55 Uhr.

Neueste Meßter-Wochenschau! 3811

Wegen des gewaltigen Andranges bitten wir, die Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Bratwurst und glöckle Variete

Tägl. abds. 7 Uhr der Riesen-Spielplan mit
Eduardos lebende Schmiede.
Herr Eduardo zahlt 500 Mk. demjenigen, der einige seiner Tricks nachmacht.
Alte Promenade 11, Ecke Gr. Ulrichstr.

Lerchenfeldstr. 14 (Nähe Torschule) 3801

Südpalast

Freitags: **BALL**

Kegelbahn. Neue Kegel u. Kugeln.

Chesterfield — Nebo!

Virginia Brights genau wie Chesterfeld, — 10er Packung — ohne Namenaufdruck.

Happi-Hit, Camel, Piedmont, Oxfort, Amerik. Beauty

und andere mehr zu billigsten Preisen.

Salem, Pteo, Delta-Marlus, Patras, Xanty,

sowie die beliebte **Sport** zu Original-Fabrikpreisen.

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
— Versand auch nach außerhalb. —

A. M. Berndt,

Alte Promenade 6, im **Reichshof-gebäude.** 3812

U.T. **Große Gosenstraße 12.** U.T.
Von morgen, den 24. bis 27. 9. 1920: 3793

5-Akter **Henny Porten** 5-Akter

in: **Irrungen.** Sozialpolitische Sensation.
Außerdem: **Heidemanns Flegeljahre.** 3 Akte.
Nur heute noch:
Mia May und Abenteuer **Der Erbe.**

Neue und gebrauchte, weiße und bunte Bettbezüge, Hemden, Handtücher, Schürzen usw. kauft zu hohen Preisen.
Frau Hornickel, 2 Gr. Klausstr. 19. 3802
Echte Domstr. Fernr. 4314.

Vorzügliche
Rot- u. Weißweine

Nordhäuser, Rum, Arrak, Kognak
empfiehlt 2775
A. O. André,
Wörmlitzer Str. 12.
Fernruf 1198.

Werbt für das Volksblatt!

Auf Kredit!

3794

Herren-Anzüge, Burschen-Anzüge, Küchen, Schlafzimmer, einzelne **Möbel.**

Leichte Zahlungsbedingungen.

Carl Klingler, Halle, Leipzigerstr. 11, nur 1 Treppe, Eingang Sandberg.

Gr. guterh. Kinderwagen billig zu verkaufen. 3803
Schlosserstr. 4, III l.

Ammendorf, Radewell und

Freitag, den 24., und Sonnabend, den 25. Sept. im Gasthof zur deutschen Eiche in **Radewell**

Verkauf von Schuhwaren

Nur gute Lederware.

Verkaufszeit von früh 9 Uhr bis abends 7 U
*1994 **Ernst Täntzer, Weißenfels**

Stiefel-Sohlen billigen

Herren-Sohlen Mk. 37,—
Damen-Sohlen „ 26,—

Für gutes Kernleder und saubere Arbeit wird garantie
Schmeerstr. 6 Herm. Fischer, Geiststr. 3

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200923-16/fragment/page=0004

Die Waffen- und Munitionskontrolle.

Von Kurt Rosenfeld.

Die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen schreiten kaum vorwärts. Immer weiter wird von den beiden kriegführenden Mächten zu neuen Kämpfen gerüstet, und es sieht nicht aus, als ob der Abschluß des Friedensvertrages zu erwarten wäre. Infolgedessen bleibt es eine wichtige Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft, der Regierung auf die Finger zu sehen und als Wächter der Neutralität Deutschlands dafür zu sorgen, daß Waffen und Munition nicht durch Deutschland nach Polen transportiert werden. Es ist die erste Pflicht der brüderlichen Solidarität, die das deutsche Proletariat gegenüber der russischen Arbeiterschaft empfindet, strengste Kontrolle über Waffen- und Munitionstransporte auszuüben. Polen darf in diesem Angriffskriege gegen Rußland keinerlei Unterstützung finden, die vom deutschen Proletariat vereitelt werden kann.

Die Transporte auf Eisenbahn- und Wasserstraßen bedürfen der strengsten Kontrolle durch die Arbeiterschaft auch deshalb, weil die Konterrevolution jedes Mittel benutzt, um ihre Organisationen zu bewaffnen. Die lange aufgelösten, aber immer noch bestehenden Einwohnerwehren, die Orgesch und die sonstigen Verbände, die heimlich die Bewaffnung des Bürgertums betreiben, sind unermüdlich dabei, von überall her Waffen und Munition herbeizuschaffen, um die reaktionären Organisationen mit Kampfmitteln zu versehen. Auch diese Waffen- und Munitionstransporte erfordern eine unausgesetzte Kontrolle aller Verkehrsmittel.

Schutz der Neutralität Deutschlands! Schutz der Republik Deutschland! Unter diesen Parolen haben die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariat, die deutschen Arbeiter, zum Kampf aufgerufen. Und nicht vergebens. Sofort setzte überall die Kontrolle der Arbeiterschaft ein. Bald aber begann auch die Regierung solche „Uebergriffe", solche „Nebenregierung" zurückzuweisen.

Eine Regierung, die ernstlich neutral bleiben, die nicht nur eine papierne Neutralitätserklärung abgeben, sondern wirkliche Neutralität durchführen wollte, hätte das Eingreifen der Arbeiterschaft begrüßen müssen. Nicht so die deutsche Regierung. Anfangs verhandelten sie mit den politischen und gewerkschaftlichen Vertretern der Arbeiterschaft. Schnell aber, aufgepeitscht durch die gesamte bürgerliche Presse von der Deutschen Tageszeitung bis zur Vossischen Zeitung, besann sich die Regierung auf den Herrenstandpunkt: Der Reichsverkehrsminister Gröner lehnte ab, die aus Vertretern von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bestehende Kommission auch nur zu empfangen. Das war für unsere Genossen keine Ueberraschung, noch weniger eine Enttäuschung. Sie hatten sich von vornherein nicht an die Regierung gewendet und sich nicht auf die Regierung verlassen, vielmehr an die Arbeiterschaft appelliert und mit der Regierung nur verhandelt, soweit es unbedingt notwendig war. Die ablehnende Haltung der Reichsregierung zeigte, wie richtig wir die Regierung eingeschätzt hatten. Wenn trotzdem in der kommunistischen Presse geschrieben wurde, daß die Reichskommission mit der Regierung einen „Burgfrieden" geschlossen habe, so war das barer Unsinn. Nur im Kampf gegen die Reichsregierung konnten und wollten unsere Genossen die Kontrolle des Verkehrs durch die Arbeiterschaft durchsetzen. Als Herr Gröner durch seine bekannten Erlasse die Arbeiter bei der Kontrolle ausscheiden wollte, hat die Reichskommission gegen die ministeriellen Verordnungen scharf Stellung genommen und die Arbeiterschaft aufgefordert, nach wie vor schärfste Kontrolle auszuüben.

Freilich eine Einschränkung hat sich die Eisenbahnkontrolle der Arbeiter gefallen lassen: da nämlich der wirkliche Herrscher in Deutschland, die Entente, dreinreden kann, ist die Arbeiterschaft heute noch nicht in der Lage, ihre Interessen rücksichtslos zur Geltung zu bringen. Nach dem Friedensvertrag von Versailles und noch den auf Grund dieses Vertrages zwischen der Entente und Deutschland abgeschlossenen Vereinbarungen muß Deutschland eine gewisse Anzahl von Zügen mit Truppen, Waffen und Munition Deutschland passieren lassen. Es sind dies die Transporte für die Besatzungstruppen der Entente in den von ihr besetzten deutschen Gebieten. Kaum hatte die Eisenbahnkontrolle der Arbeiterschaft eingesetzt, kaum waren Ententezüge auch nur auf einige Stunden festgehalten worden, da kamen schon aus Paris Noten der französischen Regierung, in denen die Entente mit allen möglichen Maßnahmen drohte, wenn Ententezüge weiter belästigt werden. Die französische Bourgeoisie lauert zu darauf, einen Vorwand zu bekommen, um das Ruhrrevier zu besetzen oder in andere deutsche Gebietsteile einrücken zu können. Damit mußte und muß auch die Arbeiterschaft rechnen. Ganz gewiß ist uns der Friedensvertrag von Versailles kein Heiligtum. Ganz gewiß wird dieser Vertrag eines Tages nicht mehr bestehen bleiben können. Aber heute ist es noch anders. Heute muß die Arbeiterschaft auch in ihrem ungestümen Verlangen, Sowjet-Rußland zu helfen, diesen Friedensvertrag im Auge behalten. Wer hätte das Elend verantworten können, das durch neuen Krieg, durch neue Blockade über das deutsche Volk gekommen wäre.

In der kommunistischen Presse kann man lesen, daß die von der Arbeiterschaft eingesetzte Reichskommission vor der Entente zurückgewichen sei, daß eine unbedingte Gefahr internationaler Verwicklungen gar nicht gegeben sei, wenn auch Ententezüge angehalten würden. Jede Gefahr kann auch die kommunistische Presse nicht leugnen. Wenn aber solche Gefahr vorhanden ist, dann müssen verantwortliche Arbeiterführer sich wohl überlegen, ob sie für das deutsche Volk eine solche Gefahr heraufbeschwören können. Wer nicht gedankenlos schwätzt, sondern vernunftgemäß handelt, muß angesichts solcher Gefahren und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation in diesem Augenblick alle Komplikationen mit der Entente vermeiden.

Deshalb kam die Reichskommission zu dem Beschluß, bei den Ententezügen sich damit zu begnügen, daß sie als solche besonders kenntlich gemacht werden. Bei Eintritt dieser Züge in deutsches Gebiet wird von den Vertrauensleuten der Arbeiterschaft kontrolliert, ob es sich wirklich um Transporte handelt, die Deutschland nach den mit der Entente getroffenen Abmachungen durchlassen muß. Ist diese Kontrolle erfolgt, dann dürfen diese Ententezüge unterwegs nicht mehr angehalten werden. Natürlich nur die Züge, die wirklich Ententezüge sind.

Die deutsche Arbeiterschaft, die mit aller Energie die Waffen- und Munitionstransporte kontrolliert, darf schließlich erwarten, daß auch die französischen und englischen Arbeiter unter Berücksichtigung der durch den Friedensvertrag geschaffenen Lage Deutschlands ihre Pflicht gegen Rußland tun und dafür sorgen, daß verdächtige Transporte gar nicht erst nach Deutschland hineingelangen. Es wird Sache der Reichskommission sein, durch internationale Verhandlungen die französischen und englischen Arbeiter zu veranlassen, mehr wie bisher für Sowjet-Rußland einzutreten.

Uebrigens hat die Entente, wenn sie Polen helfen will, gar nicht mehr nötig, die Transporte durch Deutschland laufen zu lassen. Ueber Danzig steht der Entente der Weg nach Polen offen. Wozu sollte sie die Transporte erst Schwierigkeiten auf dem Wege durch Deutschland aussetzen! Es sind auch, wie wiederholte Feststellungen ergeben haben, nur verhältnismäßig kleine Transporte, die durch Deutschland gehen. Durch sie wird an der militärischen Situation Polens nichts geändert. Bei dem ungeheuren Waffen- und Munitionsverbrauch, den der moderne Krieg erfordert, spielen die kleinen Quantitäten Waffen und Munition, die Polen auf dem Wege über Deutschland bekommen kann, gar keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Anders in der Agitation der Kommunisten. Man bauscht die Bedeutung der Ententezüge auf. Die KPD. will die deutsche Arbeiterschaft in einen Krieg mit der Entente verwickeln, weil sie glaubt, dadurch Sowjet-Rußland zu helfen. Wer den Krieg will, mag für das Anhalten der Ententezüge eintreten, wer aber Deutschland in diesem Augenblick einen neuen Krieg ersparen, wer solch abenteuerliches Beginnen vermeiden will, muß notgedrungen die Ententezüge respektieren.

Die Tätigkeit der Reichskommission und die Kontrolle der Bezirkskommissionen und der Eisenbahnerbetriebsräte beweist, daß auch unter Anerkennung dieser Einschränkung zum Schutze der Neutralität, zum Schutze der Republik viel geleistet werden kann. Gewiß kann noch mehr geschehen! Und wir wünschen dringend, daß noch viel mehr geschieht. Die Betriebsräte der Eisenbahner, die im Einvernehmen mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft die Kontrolle ausüben, müssen immer schärfer zufassen, wo verdächtige Transporte auftauchen. Die Eisenbahner müssen die Kontrollkommission in der übrigen Arbeiterschaft und diese wiederum müssen die Eisenbahner unterstützen. Es genügt auch nicht die Kontrolle des Verkehrs. Die Betriebsräte müssen die Herstellung von Munition strengstens überwachen, die gesamte Arbeiterschaft muß geschlossen zusammenarbeiten.

Leider droht dieser Geschlossenheit der Arbeiterorganisationen neue Gefahr. Nachdem schon anfänglich die Kommunisten die Bewegung zersplittert haben, finden sich jetzt Mitglieder der USPD., die, von ihrer Tätigkeit in der Kontrollkommission nicht befriedigt, die Flinte ins Korn werfen, sich aus den Kommissionen zurückziehen und womöglich noch glauben, damit der Arbeiterschaft in Rußland einen Dienst zu erweisen. So hat jetzt der Genosse Wegmann als Vertreter der Zentrale der Betriebsräte seine Tätigkeit in der Berlin-Brandenburger Kontrollkommission eingestellt. Ganz verkehrt! Genosse Wegmann beklagt sich darüber, daß diese Kommission nicht all seinen Anregungen gefolgt ist. Mag sein! Aber deshalb durfte er doch nicht seine Arbeit einstellen, sondern um so mehr war es seine Pflicht, an der Durchführung der Verkehrskontrolle mitzuarbeiten. Als Mitglied unserer Partei hätte er sich mindestens vorher mit den Vertretern unserer Partei in der Reichskommission in Verbindung setzen müssen, bevor er die Arbeit in der Berlin-Brandenburger Kommission hinwarf. Wegmann folgt anscheinend der Hamburger Volkszeitung, die unsere Parteileitung auffordert, ihre Vertreter aus der Kontrollkommission zurückzuziehen. Das Zentralkomitee hat sich mit unserer Stellung zur Waffen- und Munitionskontrolle beschäftigt und das Verhalten unseres Vertreters in der Reichskommission gebilligt. Nicht ein einziges Mitglied des Zentralkomitees hat beantragt, daß unser Vertreter aus der Kommission ausscheiden soll. Wir sind sicher, daß die Genossen das gutheißen werden.

Jetzt fordert Wegmann plötzlich politische Arbeiterräte zur Durchführung der Verkehrskontrolle. Als ob die Wahl von politischen Arbeiterräten irgend etwas an der politischen Machtverteilung änderte! Die ganze Frage der Verkehrskontrolle ist eine Machtfrage. Die Arbeiterschaft hat die Macht im Augenblick nicht. Also kann sie die Verkehrskontrolle nicht mit der Schärfe durchführen, wie sie es möchte. Wenn wir die Machtfrage aufwerfen, müssen wir entschlossen sein, den Kampf um die Macht mit allen Mitteln, über die wir verfügen, sofort aufzunehmen. Das wird geschehen, wenn die Situation für die Arbeiterschaft günstiger ist. Im Augenblick ist das aber nicht der Fall. Deshalb ist es sinnlos, an die Beurteilung der gegenwärtigen Aktion zur Durchführung der Verkehrskontrolle unter Gesichtspunkten heranzutreten, die nur berechtigt wären, wenn wir die Macht bereits erobert hätten.

Die Selbstzerfleischung der Arbeiter, die augenblicklich gerade von denen getrieben wird, die jetzt die politischen Arbeiterräte fordern, macht es nicht nur unmöglich, macht es sogar lächerlich, jetzt politische Arbeiterräte wählen zu lassen.

Die wirksame Durchführung der Waffen- und Munitionskontrolle hängt nicht von den Kontrollkommissionen ab, die nur Anweisungen geben können, sondern lediglich von der Arbeiterschaft selbst.

Wir appellieren an die deutschen Arbeiter, die Eisenbahn-, Transport- und die Munitionsarbeiter: Die Augen auf und fest zugepackt!

Verhindert die Herstellung und Transporte von Waffen und Munition!

Kriegsfolgen in der Metallindustrie.

In welch hohem Maße jetzt infolge des Krieges die Metallindustrie darniederliegt, zeigen u. a. die Berichte der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaften. Danach hat sich von 1918 auf 1919 die Zahl der Vollarbeiter (300 Arbeitstage = einem „Vollarbeiter") bei der Süddeutschen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft von 262 360 auf 195 803, bei der Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft von 302 234 auf 232 140 bei der Maschinenbau- und Kleineisenindustrieberufsgenossenschaft von 352 312 auf 282 404, bei der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft von 207 507 auf 203 223, bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft von 180 170 auf 144 053, bei der Schlesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft von 128 808 auf 120 150, bei der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft von 205 151 auf 184 714 verringert.

Das sind ganz erschreckliche Tiefstandsziffern, die sehr zu denken geben. Zum Teil sind sie auf die „Umschaltung" der Betriebe von der Kriegs- auf die Friedensindustrie zurückzuführen. Zum größten Teil aber der verfehlten Wirtschaftspolitik der Regierung zu danken, durch die das deutsche Wirtschaftsleben weit ärger niedergerissen wurde, als es bei vernunftgemäßer und nicht vom kapitalistischen Restaurierungsfanatismus getragener Politik hätte zu geschehen brauchen. Die am schwersten Leidtragenden sind die Arbeiter, wie in so vielen anderen verfehlten Maßnahmen, so auch in diesem Falle.

Das Land der Autoindustrie.

Während in Deutschland die Verkehrsmittel aller Art außerordentlich vermindert und abgeklappert und infolgedessen der Verkehr sehr darniederliegt, hat sich Amerika in den letzten Jahren zu einem Lande des Autoüberflusses entwickelt. Die Entwicklung der amerikanischen Automobilindustrie geht, wie der Neuyorker Vertreter der T. U. berichtet, ins riesenhafte. Im Jahre 1905 stellten die amerikanischen Fabriken 40 000 Wagen her, 1905 erreichte die Produktion eine Million, 1919 bereits 3 Millionen Automobile. Die Produktion wuchs seitdem täglich weiter. Nach einer Statistik (1. 7. 1919) beträgt die Zahl der in den Vereinigten Staaten verkehrenden Autos 6 353 238. Mit der Bevölkerungsziffer verglichen, entfällt auf je 19 Einwohner ein Automobil. 31 000 Automobilniederlagen mit fast ebensoviel Garagen, 25 000 Geschäfte, die mit Zubehörteilen handeln, sind über das Land verteilt. An der Spitze der Produktion steht die Firma Ford, die täglich etwa 1000 Autos herstellt und die größte Ausfuhrziffer aufweisen kann. — In den letzten Monaten hat allerdings auch die amerikanische Automobilindustrie einen Rückgang zu verzeichnen. In mehreren großen Betrieben sind nicht unbeträchtliche Arbeiterentlassungen erfolgt. Die Welt könnte jedoch noch ungezählte Mengen Kraftfahrzeuge aufnehmen, wenn nicht fast überall die Wirtschaft trotz Hungers an Waren darnieder läge, weil der imperialistische Niederschmetterungsdrang gegenüber anderen Ländern nicht den größten Teil der industriell entwickelten Welt an den Abgrund des Zusammenbruchs gebracht hätte.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 23. September 1920.

Zur Aufklärung!

Mitteldeutsche Bauzentrale.

Uns wird geschrieben: Um allen üblen Gerüchten über Zweck und Ziel unserer Firma entgegenzutreten, fühlen wir uns veranlaßt, einige Worte der Oeffentlichkeit zu unterbreiten. In allen Teilen des Reiches, in allen Zweigen des Baugewerbes hat sich die Genossenschaftsform in neuerer Zeit im Produktionsgang stark in den Vordergrund gestellt. Was waren die Ursachen dazu? Die Ursachen sind überall die gleichen. Wir führen darum nur das Entstehen unserer Firma an. Die Bauzentrale umfaßt Genossenschaften in allen Zweigen des Baugewerbes Mitteldeutschlands. Die Gründung lag in der Hallischen Bauausführungsgenossenschaft. Vor einem Jahre beabsichtigte ein bekanntes Braunkohlenindustrieunternehmen im Geiseltal für ihre Arbeiter und Beamte eine größere Siedlung zu bauen. Zur Ausführung der Arbeiten wurde eine Anzahl Unternehmer zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Die Ausführungsangebote der Herren Unternehmer des Baugewerbes waren so hoch, daß die Ausführung der Siedlung in Frage gestellt wurde. Auch der von der Werksleitung eingeschlagene Weg des eigenen Regiebaues brachte nicht den erwünschten Erfolg. Erst durch Gründung der Hallischen Bauausführungsgenossenschaft, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß der beschäftigten Bauhandwerker, war es möglich, eine rationelle geordnete Bauausführung zu gewährleisten. Durch ihr rastloses Arbeiten haben sich die Genossenschaften das Vertrauen einer größeren Anzahl Auftraggeber erworben. Der Wunsch der Auftraggeber war es, auch in allen Zweigen des Baugewerbes in diesem Sinne zu arbeiten, und führte zu Gründungen in allen Gewerben des Baugewerbes. Zu einer rationellen, geordneten, gemeinschaftlichen Geschäftsleitung sind die Genossenschaften in der Mitteldeutschen Bauzentrale zusammengeschlossen. Als Referenz unserer Leistungsfähigkeit führen wir an, daß zurzeit Aufträge im Werte von zirka 50 Millionen Mark durch uns in Ausführung sind. Fast ausschließlich Kleinwohnungen zur Behebung der Wohnungsnot in den mitteldeutschen Industrierevieren.

Wie schon gesagt, haben wir uns das allseitige Vertrauen erworben, bis zu den obersten Reichsbehörden wird für unser rastloses, zielsicheres Arbeiten Anerkennung gezollt. Alle unsere Genossen sind von dem Gedanken beseelt, ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst des Allgemeinwohls zu stellen. Voll und ganz sind sie sich unserer wirtschaftlichen Notlage bewußt. Aufbauen wollen wir, insbesondere die Wohnungsnot beheben. Wir werden auch dieses beweisen und der Oeffentlichkeit zu sehen geben.

Zur finanziellen Stärkung unserer guten Sache hatten wir die Stadt Halle um Unterstützung gebeten, wie es bereits die Staatsregierung zugesagt hat, durch ihren Vertreter der Mitteldeutschen Heimstätte, Wohnungsfürsorge-Gesellschaft Magdeburg. Dieser Punkt berührt die Oeffentlichkeit stark. Leider wurde das in der letzten Stadtverordnetensitzung abgelehnt. Obgleich sich der Magistrat nicht ablehnend verhielt, brachten es unsere bürgerlichen Stadtväter mit der Stimme eines Mehrheitssozialisten (Herrn Wilkes!) zur Ablehnung. Die Begründung war, daß wir die Absicht hätten, den Handwerkerstand auszuschalten, obgleich sie, wie angeführt wurde, die Sache für gut befinden.

Wir glauben wohl keinen größeren Beweis erbringen zu können, als unsere Absicht, das Bauhandwerk wieder zur Geltung zu bringen. Der weitere Grund, Ausschaltung der Unternehmer, da bitten wir doch mal die weisen Stadtväter unsere Geschäftsleitung anzusehen; alte erfahrene Unternehmer, Regierungsbaumeister, Ingenieure, Architekten, Maurer- und Zimmermeister stehen dem Unternehmen zur Seite. Eine derartige angepaßte Leitung wird wohl in manchem Betriebe fehlen, von dem die Herren bürgerlichen Stadträter das Wohl unserer wirtschaftlichen Gesundung erwarten. Aber wie gesagt, das Mißtrauen der Hallischen Handwerksmeister gegen uns ist ja gar nicht so groß. Im Gegenteil, täglich melden sich ein halbes Dutzend mit dem größten Interesse an unserer guten Sache, die mit helfen aufzubauen. Wir werden uns auch gar nicht scheuen, noch weitere in unserem Unternehmen aufzunehmen. Jeder ist existenzberechtigt auf der Welt. Jeder muß durch Hand- oder Kopfarbeit am wirtschaftlichen Aufbau mit tätig sein.

Jederzeit können sich Interessenten nach jeder Richtung finanziell durch Zeichnung von Genossenschaftsanteilen, Spareinlagen in unsere Sparkasse mit 5 Prozent Verzinsung usw. beteiligen. Einlagen werden in den Geschäftsstunden durch die Verbandsbank gewerblicher Genossenschaften, Große Märkerstraße 15, und in unserem Bureau, Marktplatz 6, entgegengenommen, woselbst auch jederzeit Statuten zur Orientierung ausliegen. Gleichzeitig erlauben wir uns, unsere Firma zur Ausführung aller ins Fach schlagenden Arbeiten an Wohn-, Geschäfts-, und Industriebauten bis zur schlüsselfertigen Abgabe in allen Ausführungen und Größen zu empfehlen. Ausarbeitung von Projekten. Kostenanschläge gratis. Eigener Werkstättenbetrieb mit elektrischem Maschinenbetrieb für Tischler-, Glaser- und Zimmerei auf dem Flugplatz Halle mit Lagerplatz und Gleisanschluß.

Die Beförderung der Leuna-Arbeiter.

Ein Genosse schreibt uns: „In Nr. 220 des Volksblattes befindet sich eine Notiz, überschrieben: „Eine verfehlte Drohung". Gestatten Sie mir, daß ich mit einigen Zeilen darauf eingehe. Ich selbst bin Leuna-Arbeiter und muß tagtäglich die Zammerfahrt von Halle nach Leuna und wieder zurück mitmachen. Es ist allerdings wahr, es gibt unter den Arbeitern Elemente, die sich irgendwelcher Disziplin absolut nicht unterordnen können. Jedoch des Pudels Kern liegt ganz wo anders: Es fahren tagtäglich mindestens 6000—7000 Arbeiter und Angestellte von Halle nach Leuna und wieder zurück. Man denke, wenn man 6000—7000 Schieber befördern wollte, wieviel D-Züge müßten da wohl verkehren! Man versetze sich einmal in die Lage der Arbeiter, wenn sie abends auf dem Perron in Leuna, zirka 3000 an der Zahl, zusehen müssen, wie zwei, nur ganz mäßig besetzte D-Züge, die vielleicht einige Hundert Fahrgäste befördern, vor ihren Augen hindurchgeführt werden und sie selbst warten müssen, bis ein einziger Zug sie heimwärts befördert. Die Abteile 4. Klasse sind nicht größer geworden, man kann darin immer noch sechzehn Sitzplätze, 11 Stehplätze, also sie sind für 30 Personen eingerichtet, wieviel werden aber in den Abteilen befördert? 30—40 Personen. Welches Wunder, wenn dann die Arbeiter gern doch gern heim wollen und heim müssen. Zuflucht ist dem Bremshäuschen, Aborten usw. suchen (was wohl hauptsächlich Anlaß zu den besagten Zusammenstößen gibt). Man sage doch nicht, es sollen Vor- oder Nachzüge benutzt werden, sie sind alle voll, wer es nicht glauben will, mag einmal diese kuriose Fahrt mitmachen, er wird sich umsehen; da gleich mit Einstellen von Zügen zu drohen, ist, gelinde gesagt, ein sehr törichtes Beginnen. Nicht die Arbeiterzüge einstellen, sondern mehr Arbeiterzüge einlegen, das wäre eine vernünftige Auffassung der Eisenbahnverwaltung. Oder glaubt die Verwaltung, daß sie dem Vaterland und dem Staate damit einen Dienst tut, wenn sie die Arbeiter nicht mehr zu ihren Arbeitsstätten befördert? Ich habe die persönliche Auffassung, daß es viel notwendiger ist, Arbeiter zur Arbeitsstätte zu befördern, als wie Schieber und Orgeschelden von München nach Berlin."

Wir müssen uns diesen Ausführungen anschließen, die sich ja durchaus nicht gegen die von uns geforderte Selbstdisziplin der Arbeiter richten. Die Redakteure der bürgerlichen Blätter, die auf die Leuna-Arbeiter hetzen und schimpfen, müßten nur gezwungen werden, acht Tage mal zweimal täglich vierter Klasse von Leuna nach Halle zu fahren. Wer sich übrigens allzusehr über die Mis-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200923-16/fragment/page=0005

stände auf der Bahn beschwert fühlt, der muß dafür sorgen, daß den Arbeitern ebenso Salonwagen zur Verfügung gestellt werden, wie der Frau des Feste-Druff-Kronprinzen, die, bekanntlich noch immer was Besonderes ist, wenn sie auf Reisen geht.

Proletariat und Unehelichenfürsorge.

In der Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz hat Prof. Dr. Rott kürzlich einen Vortrag über die Unehelichenfrage gehalten, der jetzt als Sonderabdruck aus den Beiträgen zur sozialen Hygiene des Säuglings- und Kindesalters erschienen ist. Die Tatsachen, auf die diese Ausführungen zurückgreifen, gewähren uns einen überaus lehrreichen Einblick in die Zusammenhänge zwischen Unehelichenlos und Proletarierdasein.

Rott weist mit Recht auf die großen Nachteile hin, die die Unterbringung der unehelichen Säuglinge in Anstalten mit sich bringt. Die Entwicklung der Säuglinge bleibt zurück und die Kosten sind übermäßig hoch. Als Regelfall verlangt Rott darum die offene Fürsorge für die unehelichen Proletarierkinder. Und diese Fürsorge ist eine Aufgabe der Kommunen.

Was die offene kommunale Fürsorge zu leisten vermag, das hat uns die Statistik bewiesen. Durch den Ausbau der offenen Fürsorge hat die Sterblichkeit der Unehelichen eine große Herabminderung erfahren. In Dresden z. B. starben im ersten Lebensjahre von 100 Kindern lediger Mütter im Jahre 1890 20 Prozent und im Jahre 1915 nur 12 Prozent. Aehnliche Zahlen wurden aus anderen Städten gemeldet. Aber auch, und das beweist den Wert der offenen Fürsorge, zeigen diese Feststellungen, daß die Sterblichkeit der Kinder in Familienpflege verhältnismäßig sehr gering ist. So starben in Hamburg im ersten Lebensjahre von je 100 aller Unehelichen im Jahre 1901 48 und 1914 10. Dagegen betrug die Sterblichkeit in der Familienpflege allein 1901 nur 17 Prozent der Gesamtzahl der Aufgenommenen, in den Jahren 1901—1909 nur 1,85 Prozent und in den Jahren 1912—1914 starb überhaupt nur ein Kind = 0,38 Prozent!

Das zeigt uns, wie wichtig es ist, daß die Kommunen ihr Augenmerk auf einen Ausbau der offenen Unehelichenfürsorge lenken. Von welch großer Bedeutung für das Proletariat diese Fürsorge ist, beweist uns die Tatsache, daß im Jahre 1909 z. B. auf 100 Lebendgeborene an Unehelichen kamen: in Berlin 19, Breslau 20, Chemnitz 15, Köln 12, Frankfurt 13, Hamburg 14, Leipzig 20 und München gar 22, 28, 9.

Und welche Form der Familienpflege ist die beste? Die bei der eigenen Mutter oder die bei der Ziehmutter? Da haben die Feststellungen in Baden seinerzeit ergeben, daß die Pflege bei der fremden Mutter die beste ist! Und warum? Weil die eigene Mutter wegen des Zwanges zur Erwerbsarbeit nicht die Möglichkeit zur ordentlichen Pflege hat. Das ist der Kapitalismus! Die Mutterkinder hatten in Baden die doppelte Sterblichkeit! Das zeigt, daß die kommunale Fürsorge allein nicht genügt, daß unser entschiedener Kampf für den Sozialismus auch hier wieder von der grundlegendsten Bedeutung ist.

---

* **Metallarbeiter.** Den zur Bezirkskonferenz gewählten Delegierten zur Mitteilung, daß die Mandate ½11 Uhr, also eine halbe Stunde vor Beginn der Tagung ausgegeben werden. Außerdem ersuchen wir die Kollegen, welche als Betriebsräte fungieren, die Betriebsrätezeitschrift Nr. 11 abholen zu wollen.

* **Transportarbeiterverband.** Morgen, Freitag, abend ½8 Uhr findet in Wilsdorfs Gesellschaftshaus, Karlstraße 14, eine Gruppenversammlung aller in Kohlen-, Holz-, Roh- und Alteisen- sowie Rohproduktenhandlungen beschäftigten Kollegen und Kolleginnen statt, zu der alle bestimmt und pünktlich erscheinen müssen. Zur Tagesordnung steht: Bericht der Gruppenleitungen und Vortrag über Tarifverträge, Arbeitsgemeinschaften und Betriebsräte. — Die Wahl von zwei Delegierten zum 1. Betriebsrätekongreß für unseren Gau 9 findet am Sonnabend, den 25. September, abends von 8 bis 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 14, statt. Wahlberechtigt sind nur Betriebsratsmitglieder und Betriebsobleute. Legitimation ist mitzubringen. Alle in Frage kommenden Kolleginnen und Kollegen werden ersucht, ihr Wahlrecht auszuüben. Stimmzettel sind im Wahllokal zu haben.

Die Ortsverwaltung.

* **Arbeiter-Bildungsausschuß.** Nach Rücksprache mit der Intendanz des Stadttheaters werden auch in diesem Winter eine Reihe von Volkssinfonie-Konzerten des städtischen Theater-Orchesters stattfinden. Geplant sind 6 Orchesterkonzerte und 3 Kammermusikabende. Das erste Sinfoniekonzert findet bereits am 6. Oktober im Volkspark statt. Um den Besuch dieser Konzerte jeden zu ermöglichen, ist der Preis auf nur 1,50 Mk. inkl. städtischer Billettsteuer festgesetzt. — Der 3. Abend vom Graf-Vortrag ist am Sonnabend, den 25. September, abends 8 Uhr, der 4. Abend am Montag, den 27. September, abends 8 Uhr, im Volkspark. Anschließend hieran Ausschuß-Sitzung.

Arbeiter-Samariter. Freitag, den 24. September, Vortrag des Herrn Dr. Zeiß über Krankenpflege in der Aula der Martinschule. Beginn 8 Uhr. Jeden Montag in der Kette Uebungsstunde der Kursusteilnehmer. Die Prüfung findet am Freitag, den 15. Oktober, in der Martinschule statt. Sonntag, den 17. Oktober: Uebung sämtlicher Mitglieder. Am 22. Oktober beginnt der Winterkursus unter der Leitung des bisherigen Arztes. Interessenten sind stets willkommen.

* **Zentralverband der Angestellten.** Morgen, Freitag abend 7 Uhr, im Volkspark, Burgstraße 27, Vortrag des Kollegen Wolff von der Berliner Opposition. Näheres siehe Inserat.

* **Bürgerliche unter sich.** Die bürgerliche Presse hat bekanntlich den feinen Ton für sich gepachtet und überläßt den berühmten Sauherdenton der Arbeiterpresse. Eine kleine Kostprobe dieser hohen Sprachkultur und feinen Wortbildung bietet die Hallische Zeitung, die gestern abend über eine deutschnationale Beamtenversammlung berichtet. In dieser Versammlung sprach auch der Demokrat Balcke, der in folgender Weise von dem Junkerblatt angerülpst wird: „— Von dieser Höhe politischen Denkens (die sich nämlich nach Ansicht der Hallischen Zeitung in den Reden der Deutschnationalen offenbarte) plumpste mit seinem nicht unbeträchtlichen Eigengewicht — seine demokratische Erdenschwere ließ ihn auf dieser hohen Warte scheinbar schwindlich werden! — der einzige und demokratische Gegenredner, Stadtrat Balcke, klatschend hinein in den flachen, modernden Dorfteich alltäglicher Redensarten, von denen die schwer „wiegendste" die Frage „Was tut uns not?" war. (Was ihnen „not" tut, Herr Stadtrat, wohlbehaglicher Rundung? — Größere Not oder Karlsbad!) Schweißtriefend verließ er nach getaner Arbeit das Pult, griff eiligst nach Mantel und Hut und zog sich von dem ihm unheimlich gewordenen politischen Kampffelde voll hohen Mutes in die rettende Etappe zurück. Er verließ den Saal, und mit ihm der personifizierende Materialismus!" — Es geht doch nichts über den guten Ton, den Bürgerliche untereinander anwenden.

* **Eine neue Methode der Zuckerschieber** teilt der Vorwärts mit. Die Marmeladenfabriken erhalten von der Reichs-Obst- und Marmeladen-Gesellschaft Auslandszucker zum Preise von 5 Mk. Da die Marmeladenfabriken ihren Erzeugnissen beliebigen Zuckerzusatz geben können, haben sie Ueberschußzucker, den sie verpflichtet sind, zurückzugeben, was anscheinend die wenigsten tun. Denn seit einiger Zeit stellen nach dem Vorwärts einige Berliner Fabriken eine sogenannte Apfelmarmelade her, die bis zu 95 Prozent Zucker enthält und zu einem Preise von 9 bis 10 Mk. das Pfund verkauft wird, während sie für den Zucker 4,75 bis 5 Mk. bezahlen. Sie umgehen aber dadurch das Vergehen einer Zuckerschiebung und haben trotzdem fast 100 Prozent Gewinn.

Heute abend: Distriktsversammlungen der USP.

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Kreis-Generalversammlung.

Wer Einfluß auf das fernere Schicksal unserer Partei haben will, der erscheine in den Versammlungen.

---

* **Die Posthelfer und -helferinnen** im mittleren Beamtendienst beschäftigten sich am Montag, den 20. September, mit der Neuordnung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse, die mit der Einstufung in den Reichsteiltarif für die Angestellten in naher Aussicht steht. Kollege Schlimme vom Verband des Post- und Telegraphenpersonals gab einen Rückblick über die Entstehung der tariflichen Entlohnung der Postangestellten und die Entstehung des Reichsteiltarifs. Bis jetzt erfolgte die Entlohnung nach dem Reichstarif für die gesamte Posthelferschaft, abgeschlossen mit dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Reichspostministerium. Eine Anzahl Angestelltenverbände haben inzwischen beim Reichsarbeitsministerium wird im Reichskabinett durchgesetzt, daß die unter das Versicherungsgesetz für Angestellte fallende Lohnempfänger einen besonderen Gehaltstarif bekommen. Dadurch ist nicht allein die Gefahr der organisatorischen Zersplitterung in die Posthelferschaft getragen, sondern auch die Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage bei einem übergroßen Teil in Frage gestellt. Die jetzige Entlohnung basiert auf einem Grundlohn nebst Teuerungszuschlag, während der Teiltarif Grundlohn, Orts- und Teuerungszuschlag vorsieht. Dabei wird die frühere Tätigkeit und das Lebensalter in Anrechnung gebracht. Die Mehrzahl der Helfer setzt sich nun aber aus Kriegsbeschädigten zusammen, deren frühere Tätigkeit in den meisten Fällen gar nicht zur Anrechnung kommt. Entscheidend für die Lohnbemessung bleibt die Entscheidung der Oberpostdirektion, die in anderen Bezirken bereits gefallen ist und die Angestellten in die Gruppe 2, Ausnahmen in Gruppe 3 rangierte. Damit ist das Urteil auch über den gesamten Teiltarif gesprochen. Die neueingestellten Helfer erhalten künftighin dann nur die Hälfte der jetzigen Bezüge, während die jetzt im Dienst befindlichen Kollegen und Kolleginnen geschützt sind, weil eine Verschlechterung ihrer jetzigen Bezüge nicht eintreten darf. Im Reiche wehren sich die Helfer allenthalben gegen solche Regelung, und die süddeutschen Kollegen haben auch erreicht, daß sie nicht nach dem Teiltarif entlohnt werden. Das Reichspostministerium sieht ebenfalls ein, daß den Angestellten kein Dienst mit dem Teiltarif erwiesen wird und schwingt bereits die Peitsche, indem sie die Versetzung in den unteren Beamtendienst androht und weiter die Entlassung aus dem Postdienst, für den Fall der Ablehnung des Tarifs durch die Kollegenschaft. Ueber diese Drohung ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, denn darüber werden die Verhandlungen in dieser Woche beim Reichspostministerium Aufklärung schaffen müssen. Aufgabe der Helferschaft muß es sein, gegen eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage Sturm zu laufen. Denn die übrigen Kollegen im unteren Beamtendienst haben eine Nachzahlung ab 1. Juni erhalten, die den Helfern im mittleren Dienst versagt bleiben mußte, weil ihnen der Teiltarif aufgezwungen werden soll. — In der nun einsetzenden Aussprache suchten die zahlreich erschienenen Vertreter der Angestelltenverbände die Vorzüge herauszustreichen und auf den noch in Beratung befindlichen Manteltarif hinzuweisen, der angeblich wesentliche soziale Vorteile bringen soll. Die Versammelten hatten aber nur zu gut die Schattenseiten des Reichstarifs kennen und errechnen gelernt und zeigten wenig Gegenliebe für die angeblichen Rosinen, die hervorgezaubert wurden. Verurteilt wurde fast einstimmig, daß mit der Einführung des Teiltarifs der Postverwaltung das Recht gegeben wird, nach dem Grundsatz — Teile und Herrsche — die Helferschaft zu behandeln. In dem Augenblick, wo das Reichspostministerium daran geht, den gesetzlichen Achtstundentag zu durchbrechen und die Beamten das gefügige Material hierzu abgeben sollen, ist es mehr als je Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen im Postdienst, in eine geschlossene Front zu treten. Die vorgelegte Resolution wurde auch mit Mehrheit angenommen, die den Bezirk beauftragt, an der weiteren Beratung über die Einstufung sich nicht zu beteiligen, um damit die Schuld für wirtschaftliche Verschlechterung der Kolleginnen und Kollegen abzunehmen.

Kolleginnen und Kollegen im Postdienst! Beachtet die Zeichen der Zeit und lernt sie verstehen. Der Sparbazillus soll vor allen Dingen beim Postbetrieb ausprobiert werden, auf Kosten der Lebenshaltung der Angestellten und Beamten. Hierzu kommt der Teiltarif zur gelegenen Zeit. So lange es nicht gelingt, die Lebenshaltung auf einer erträglichen Basis aufzubauen, so lange Wucher und schrankenlose Preistreiberei die Lebensnotwendigkeiten sündhaft verteuern, so lange muß auch der Kampf um Lohnausgleich geführt werden. Die Bahn ist frei zum Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Schließt euch der Einheitsorganisation im Postbetriebspersonal an, das ist der Verband des Post- und Telegraphenpersonals Reichsabteilung im DTV., Bezirk Halle, Harz 42-44.

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, abends 7¼ Uhr, gelangt die komische Oper Der Waffenschmied zur Aufführung. Freitag, Anfang 7 Uhr, geht Richard Wagners Tannhäuser in Szene. Sonnabend Königskinder. Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen Als ich noch im Flügelkleide, ein fröhliches Spiel von Kehm und Frehsee, Sonntag abend Fra Diavolo, Montag Hoheit tanzt Walzer.

* **Schillings-Konzert im Stadttheater.** Am Sonnabend, den 2. Oktober, findet im Stadttheater der Schillings-Abend statt, der ursprünglich für 29. Mai vorgesehen war, infolge Behinderung des Meisters aber abgesetzt werden mußte. Generalmusikdirektor Prof. Dr. Max von Schillings wird ausschließlich eigene Kompositionen zum Vortrag bringen. Es ist gelungen, auch Barbara Kemp, die berühmte Hochdramatische der Berliner Staatsoper, für diesen Abend zu verpflichten.

* **Explosion.** In einer Drogerie am Steinweg kam es gestern nachmittag zu einer Explosion, bei der ein Lehrling tödliche und eine Angestellte schwere Brandwunden erlitt. Die Feuerwehr wurde gerufen, fand aber das Feuer bei ihrem Eintreffen bereits gelöscht. Ueber die Ursache der Explosion muß erst eine Untersuchung Aufschluß geben.

Vereins- und Vergnügungs-Anzeiger.

C. T.-Lichtspiele, Gr. Ulrichstraße 51, bringen ab Freitag den großen Sensationsfilm Schrecken (Der Januskopf) in sechs spannenden Akten, eine phantastische, ins Kriminalistische spielende Handlung, die bis zum Schluß im höchsten Grade spannt. Konrad Veidt spielt seine zweifache Rolle mit erstaunlicher Wandlungsfähigkeit. — Ein Dr. Warren setzt in Gegenwart seines Freundes und Anwalts sein Testament auf, vermacht einem völlig Unbekannten sein ganzes Vermögen, ohne sich auf irgendeine Erklärung dieser wunderbaren Bestimmung einzulassen, die noch sonderbarer erscheint, als einige Zeit später der Name des Unbekannten — O'Connor — mit einem Verbrecher in Verbindung gebracht wird, der eine Anzahl scheußlichster Untaten verübt. Schließlich stellt sich heraus, daß Dr. Warren und O'Connor ein und dieselbe Person sind. Warren glaubte an die mögliche Trennung der Elemente des Guten und Bösen im Menschen, erfand ein Elixier, kraft dessen er sie getrennt zu materialisieren vermochte, experimentierte mit sich selbst, verwandelte sich in ein Scheusal, äußerlich so teuflisch wie innerlich, beging in diesem Zustande die geheimnisvollen Verbrechen, verwandelte sich durch ein Gegenelixier zurück in seine normale Gestalt. Das Experiment reizte ihn zur häufigen Wiederholung, das „O'Connor-Sein" kam schließlich ohne Medikament, die Rückwirkung wurde dagegen immer schwerer; nur eine Apotheke führte das Hauptgift des Gegenmittels, das eines Tages nicht mehr zu beschaffen war. Dr. Warren blieb O'Connor, die Polizei heftete sich an seine Fersen, er tötet sich selbst, nachdem er seinem Freunde in einem Briefe das entsetzliche Geheimnis gestanden hat. — Eine lustige Geschichte in drei Akten: Badebubi mit dem hier sehr beliebten Filmschauspieler Paul Heidemann in der Hauptrolle beschließt das Programm.

Das Burg-Theater (BT.), Gr. Gosenstraße 12, ist nach neuzeitlicher, technisch sowie räumlicher Renovierung wieder eröffnet worden. Es ist gewiß zu begrüßen, daß auch in unserem Norden ein modernes Lichtspieltheater entstanden ist, welches auf keinen Fall hinter den größten am Platze zurücksteht.

Ein Mißstand in den Zuckerfabriken.

Bei der jetzt beginnenden Arbeit in den Zuckerfabriken zeigt sich ein Mißstand, der in den Zeiten der Arbeitslosigkeit ganz besonders zu verwerfen ist. Wir bekommen aus der hessischen und Thüringer Gegend Zuschriften, in denen uns mitgeteilt wird, daß viele Leute, die gar keine Not zu leiden haben, Selbstversorger sind, ja sogar Hofbesitzerssöhne, jetzt im Herbst in die Zuckerfabriken gehen. Es werden uns u. a. die Orte Gröbers, Wallwitz und Landsberg genannt, wo derartige Leute arbeiten sollen. Wenn diese Angaben zutreffen, so muß man sich ganz energisch dagegen wenden, daß die Beschäftigung in den Zuckerfabriken nicht Arbeitslosen vorbehalten bleibt, die es notwendiger haben, als die angeführten Selbstversorger. Die Betriebsräte der Zuckerfabriken sollten sich einmal mit dieser Sache beschäftigen, und für die Beseitigung der Mißstände sorgen.

Großkugel. Kinderfest. Am Sonntag, den 12. September, fand hier unter der Beteiligung der gesamten Einwohnerschaft der Gemeinden Großkugel und Beuditz ein Kinderfest des Distrikts Großkugel der USP. statt. Alle Einwohner hatten sich an einer freiwilligen Sammlung reichlich beteiligt. Die Herren Kantor Dobert und Lehrer Möhring waren unermüdlich, das Beste bei den Aufführungen der Kinder zu bieten. Auch die Genossen Winter und Sömrau hatten sich keine Mühe verdrießen lassen, das Fest durch turnerische Vorführungen und Aufführen von Reigen verschönern zu helfen. Die erwachsene Jugend bot ihr Bestes. Genußreiche Gesänge brachte der neugegründete Gesangverein zum Vortrag. Mit einem Ball am Abend schloß das wohlgelungene Fest.

Gerichtssaal.

Ein Freispruch.

Vor dem Schwurgericht hatte sich am Mittwoch der Landwirt Robert Reinicke aus Dederstedt zu verantworten. Er „erschien hinreichend verdächtig", am 24. April d. J. auf den Abdeckereibesitzer Gareh in Neu-Helfta einen Mordversuch unternommen zu haben. Der Angeklagte gab zu, auf G. nicht gut zu sprechen zu sein, weil G. sich häufig hinter seinem Rücken mit seiner Frau getroffen habe. Es sei jedoch nicht wahr, daß er am fraglichen Tage, wie die Anklageschrift behauptet, mit dem Revolver auf G. geschossen habe. Vielmehr sei er an dem betreffenden Abend zunächst auf seiner Jagd gewesen und habe sich dann in seine Scheune begeben, um von hier aus, wie schon öfters vorher, seine Felder vor Dieben zu bewahren. Die Beweisaufnahme ergab ein wenig geschlossenes Bild. Indizien wie Zeugenaussagen sprachen teils für, teils gegen den Angeklagten. So war R. am 24. April außergewöhnlich spät nach Hause gekommen, ziemlich erhitzt und außerdem beschmutzt. Die Fußspuren vor dem Hause des G. stimmten mit der Größe der vom Angeklagten getragenen Schuhe genau überein. Umgekehrt war aus dem beim Angeklagten vorgefundenen und ihm noch am Abend der Tat bei seiner Ankunft zu Hause abgenommenen Revolver nicht geschossen worden. Die belastenden Zeugenaussagen waren wenig bestimmt. Ueber den Hauptzeugen G. wurde soviel Unerfreuliches vorgebracht, daß dessen Aussagen auf starken Zweifel stoßen mußten, zumal als seine Angaben Widerspruchsvolles enthielten und nur sehr unsicher herauskamen. Nach neunstündiger Verhandlung zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Sie verneinten die Schuldfrage des Angeklagten. Das Gericht erkannte darum auf Freispruch.

Verantwortlich für Politik und Parteinachrichten: Paul Hennig; für Wirtschaftliches, Gewerkschaftliches und Unterhaltungsblatt: Karl Bock; für Lokales Werner Scholem; für Aus der Provinz: Han. Bohla; für Anzeigen: Fritz Krob; Verlag: Volksblatt G.m.b.H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e.G.m.b.H., sämtlich in Halle.

Um genaue Beachtung

der neuen Portogebühren wird gebeten. Einfache Briefe müssen jetzt mit 40 Pf., solche über 20 g mit 60 Pf., Postkarten mit 30 Pf. frankiert werden.

Die Redaktion des Volksblattes.

Vom vergifteten Blut.

Von der Gicht weiß jeder, daß sie zu Siechtum, zu schweren Verkrüppelungen der Glieder und in schlimmen Fällen auch zum Tode führen kann.

Daß aber auch Rheumatismus, selbst wenn er gar nicht besonders heftig auftritt, eine Lebensgefahr bedeutet, wissen nur wenige.

Es entwickelt sich dabei eine Entzündung des Herzens.

Die weitere Folge ist die Entartung des Herzmuskels und der Leidende hat nun statt einer Krankheit deren zwei, den „harmlosen", aber sehr lästigen Rheumatismus und den sehr gefährlichen und noch viel lästigeren Herzfehler, der sehr plötzlich oder auch unter qualvollen Leiden zum Tode führen kann.

Angeboten wird ja viel gegen Gicht und Rheumatismus und „Hausmittel" gibt es wie Sand am Meere.

Es wäre ungerecht, zu sagen, daß die meisten dieser Mittel nutzlos seien, im Gegenteil, die meisten wirken bald mehr, bald weniger schmerzlindernd, wenn auch nur auf kurze Zeit.

Aber mit einer kleinen Linderung der Schmerzen allein ist die Gefahr, daß das Leiden sich für Lebenszeit einnistet, nicht im geringsten gemindert, wenn die Ursachen nicht beseitigt werden.

Diese liegen in einer Vergiftung des Blutes mit der zurückgehaltenen Harnsäure, die im gesunden Körper in Harnstoff umgewandelt und durch die Nieren ausgeschieden werden sollte.

Der Befreiung des Blutes von Harnsäure dient das seit Jahren bewährte und in vielen tausenden Familien hochgeschätzte Gichtosint.

Wie schnell und zuverlässig es wirkt, darüber liegen so viele Anerkennungen vor, daß sie eine ganze Anzahl dicker Hefte füllen, die bei mir jederzeit während der Geschäftsstunden eingesehen werden können.

Da sie alle ungefähr dasselbe bekunden (auffällige Abnahme der Schmerzen, selbst in veralteten Fällen, nach kurzem Gebrauche von Gichtosint, dann Wiederkehr der Beweglichkeit, gänzliches Verschwinden der Krankheitserscheinungen, herzlichen Dank), so sei hier nur eine wiedergegeben:

Ich litt seit vielen Jahren an heftigem Rheumatismus, bin jetzt 75 Jahre alt, der mir zu Zeiten die größten und unerträglichsten Schmerzen und Qualen bereitete und mich manchmal völlig lähmte. Sämtliche mir empfohlene Mittel schlugen nicht an. So hatte ich auch im Herbst des Jahres 1916 ganz besonders wieder darunter zu leiden, hatte schon drei Wochen hindurch unter gräßlichen Schmerzen im Bett gelegen und war fast völlig gelähmt, als zufällig meine Tochter das Inserat von Ihren Gichtosint-Tabletten entdeckte. Wir schrieben sofort darum, hatten jedoch wenig Hoffnung, daß dieselben helfen würden, denn wir hielten es für ein Reklamemittel ohne viel Erfolg. — Doch in der Not versucht man ja alles. Aber Ihr Gichtosint wirkte Wunder bei mir! Wie groß war mein Erstaunen, als ich nach etwa acht Tagen das Bett schon wieder verlassen konnte und überhaupt meine ganzen Schmerzen von Tag zu Tag nachließen und meine Glieder wieder gelenkig wurden. Hochachtungsvoll K. W., Hannover.

Teilen Sie mir auf einer Postkarte Ihre genaue Adresse mit und ich sende Ihnen ganz kostenlos ein ausreichendes Quantum Gichtosint und weitere Aufklärung über Ihr Leiden und seine erfolgreiche Bekämpfung.

Ich bitte, kein Geld mitzuschicken und werde auch nachträglich keines für die Probekur fordern. Ich will weiter nichts, als beweisen, daß Gichtosint mit allen den kleinen Mittelchen, welche vorübergehend eine Besserung vortäuschen, nichts gemein hat und daß es volles Vertrauen verdient. Wenn Sie sich davon genügend überzeugt haben, werden Sie sich gerne eine Monatskur Gichtosint für Mk. 13,50 aus der nächsten Apotheke holen. Wer wirklich Bedarf hat, schreibe sofort, denn die Nachfrage nach der Gratiskur ist groß. General-Depot der Viktoria-Apotheke, Berlin A 360, Friedrichstraße 19.

Gichtosint ist auch in anderen Apotheken zu haben, insbesondere in Halle in der Niederlage: Bahnhofs-Apotheke. *1995

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200923-16/fragment/page=0006

Leben • Wissen • Kunst

Geschichtstäuschungen.

Von Dr. Schulte-Vaerting.*)

Das Lob, welches der Zeitgenosse dem siegenden Heerführer spendet, ist stets mit Vorsicht aufzunehmen. Machiavelli, der bereits auf diese Tatsache aufmerksam machte, ist der Meinung, daß die Schriftsteller, die Cäsar Lob spendeten, durch seine Macht eingeschüchtert waren. Frei von Zwang, meint er, hätten sie über Cäsar schlimmer geschrieben, als über Catilina. Und Brutus, den Feind Cäsars, hätten sie nur aus Trotz so hoch erhoben, weil sie es nicht wagten Cäsar zu tadeln.

Wenn man bedenkt, daß während der Herrschaft eines siegenden Heerführers, Stellung, Rang und Gehalt aller scheinbar einflußreichen Zeitgenossen von ihrem guten Verhältnis zu diesem einen der Schmeichelei und dem Lobe ganz offenkundig zugänglichen Manne abhängig waren, so ist zu begreifen, warum die stärksten Tyrannen, Alexander, Cäsar und Napoleon vor allen anderen am meisten gelobt worden sind. Die Wahrheit über einen Tyrannen zu sagen, kommt der Mit- und nahen Nachwelt zu teuer. Die spätere Nachwelt, die nicht mehr unter den Tyrannen zu leiden hat, hatte die heilige Verpflichtung, diese Wahrheit um so schärfer ans Licht zu ziehen, desto mehr sie einst gedrosselt wurde.

Diese Pflicht ist bis jetzt vernachlässigt worden. Wenn wir uns das Ziel setzen, sie nachzuholen, so wissen wir, daß es unter großen Mühen gelingen wird. Aus den Berichten verängstigter Zeitgenossen ein wahres Bild zu rekonstruieren, ist an sich schon keine leichte Aufgabe. Außerordentlich erschwert aber wird sie dadurch, daß diese Berichte bisher allgemein als die maßgebende historische Wahrheit betrachtet wurden. Wer sich dagegen erhebt, wird verfemt. Es besteht in dieser Hinsicht eine Dauerzensur, die mit gewöhnlichen Mitteln nicht mehr zu durchbrechen ist. Und die Tradition verhindert die Aufdeckung der Wahrheit . . .

Ueber kein Zeitalter wissen wir die kompromittierende Wahrheit so genau wie über die Zeiten der Volksherrschaft. Weil wir in dieser Hinsicht die volle Wahrheit über die Volksherrschaft wissen, über die Herrschaft der Tyrannen aber andauerend günstige Mitteilungen verbreitet werden, darum steht die Volksherrschaft in soviel schlechterem Rufe als die Herrschaft der Fürsten und des Adels. Machiavelli sagt: „Die ungünstige Meinung über die Völker entsteht daraus, daß jeder ohne Scheu Uebles von ihnen reden kann, auch während sie regieren, von den Fürsten hingegen stets voll Furcht und mit tausend Rücksichten gesprochen wird. . . ." Machiavelli hatte die Kühnheit zu behaupten: „Die Menge ist weiser und beständiger als die Fürsten, die Völker regieren besser als die Fürsten." Er sagt, daß es hart und schwierig sei, diese Meinung zu verteidigen, welche von allen Schriftstellern verurteilt werde. Man glaubt es ihm. Wenn man solche Aussprüche liest, versteht man erst, warum Machiavelli so hart beurteilt wird.

Es gibt keinen unter denen, welche wir augenblicklich als die Größten der Geschichte betrachten, welcher nicht dem Volke eine Darstellung seiner eigenen Taten hinterlassen hätte. Nicht jene Darstellung ist hier gemeint, wie z. B. Cäsar uns selber aufzeichnete, sondern jene, welche durch geheime Zensur und Pressedirektiven, durch Bestrafung Andersdenkender und Spitzel dem Volke eingeimpft wurde. Die Geschichte nimmt bis heute die von den Führern selber durch Presse, Zensur, Belobigung durch gekaufte Schmeichler und Spitzeldienst erzeugten „Bilder großer Männer" in ihre Wissenschaft auf. Es wird ihre Zukunftsaufgabe sein, diese hinterlassenen Bilder der Wirklichkeit entsprechend zu berichtigen als ein Warnungszeichen für die Führer der Zukunft.

Wenn die Geschichte sich hierzu nicht anschickt, wenn sie uns auch weiterhin die lobenden Berichte der eingeschüchterten Zeitgenossen als sichere Quellen hinstellt, statt uns die Angst oder die Kriecherei der Berichterstatter vor Augen zu führen und so die Gewaltherrschaft des von den bedrohten Zeitgenossen gelobten Tyrannen ins rechte Licht zu rücken, so haben wir die Pflicht, über diese Wissenschaft zur Tagesordnung überzugehen.

41) (Nachdruck verboten.)

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Fünfzehntes Kapitel.

Jimmie Higgins wird Bolschewik.

I

Der Winter nahte, die Farmarbeiter strebten den Städten zu, diesmal jedoch nicht als Verelendete, Arbeitslose, nein, jeder war ein kleiner König. Jimmie begab sich nach der Stadt Ironton und fand eine Stelle in einer großen Automobilfabrik, mit einem Lohn von acht Dollar täglich. Als erstes begann er für einen Zehndollarlohn zu agitieren. Nicht etwa, daß er der zwei Dollar bedurfte, es war bloß zum Leitprinzip seines Lebens geworden, das Profitsystem dort zu schädigen, wo er konnte. Die kapitalistischen Zeitungen dieser mittelwestlichen Großstadt schleuderten wütende Angriffe gegen die Proletarier, die in Kriegszeiten gegen ihr Vaterland „streiken", und Jimmie beschuldigte seinerseits jene, denen das Wort „Vaterland" sinnverwandt mit „Unternehmer" war und die den Krieg als Vorwand benutzten, um den Arbeiter seiner heiligsten Rechte zu berauben.

Auch in Ironton gab es eine sozialistische Ortsgruppe, die noch immer äußerst aktiv und entschlossen war, trotzdem die Polizei ihr Bureau durchsucht und die meisten ihrer Zeitungen und Zeitschriften verboten hatte. Doch war es stets möglich, Flugblätter drucken zu lassen, und durfte man auch den Krieg nicht mehr direkt angreifen, so konnte man wenigstens Englands „demokratisches Vorgehen" in Irland verhöhnen, auf die Profite der Kriegsgewinnler hinweisen und eine Dienstpflicht des Vermögens als Parallele zur Dienstpflicht der Männerleiber fordern. Einige amerikanische Sozialisten wurden allmählich ebenso schlau, wie der deutsche Rebell aus Vorkriegstagen, der, wenn er den Kaiser angreifen wollte, eine Schilderung des Römerkaisers Agricola entwarf und dessen wahnwitzige Eitelkeit und Verschwendungslust beschrieb.

Im Spätherbst geschah etwas, das Jimmie Higgins tiefer hätte erschüttern sollen, als dies der Fall war. Am Isonzo standen die Italiener den Oesterreichern gegenüber; das Ende eines langen, für die ersteren erfolglosen Feldzuges schien gekommen. In Italien bekämpften die italienischen Sozialisten die eigene Regierung, genau wie Jimmie dies in Amerika tat. Sie wurden von den katholischen Intriganten unterstützt, die die italienische Regierung haßten, weil sie die weltliche Macht des Papstes vernichtet hatte, sowie von den unterirdisch arbeitenden österreichischen Agenten, welche im Lande Gerüchte von einem baldigen Waffenstillstand ausstreuten. Diese Agenten erdreisteten sich sogar, italienische Zeitungen zu fälschen, in denen von Hungersnot, Aufständen, dem Erschießen von Frauen und Kindern berichtetet wurde. Die Zeitungen wurden in einem bestimmten Gebirgsabschnitt verteilt, wo Oesterreicher und Italiener bereits fraternisiert hatten. Ueber Nacht jedoch wurden auf deutschen Befehl die österreichischen Truppen zurückgezogen und durch deutsche ersetzt, die im Morgengrauen den Italiener angriffen, zurückschlugen, eine Viertelmillion Gefangene machten, und etliche tausend Kanonen erbeuteten — ungefähr alle, über welche die Italiener hier verfügten.

Jimmie schenkte diesem erschreckenden Vorfall wenig Beachtung, teils weil er darüber in einer kapitalistischen Zeitung las und dem Berichte daher wenig Glauben schenkte, teils weil sein ganzes Sinnen und Trachten auf Rußland gerichtet war, wo das Proletariat im Begriff stand, die Macht an sich zu reißen. Nun wird man sehen, wie Kriegen ein Ende gemacht und einer todwunden Welt der Friede zurückgegeben wird.

Die gemäßigte sozialistische Regierung Kerenski beschwor die kapitalistischen Herren der Alliierten, ihre Friedensbedingungen kundzutun, damit die Arbeiter Rußlands wissen, wofür sie kämpfen. Das russische Proletariat verlangte einen Frieden ohne Annexionen, ohne Kriegsentschädigung und völliges Abrüsten; unter diesen Bedingungen war es bereit, weiterzukämpfen, trotzdem Hungersnot und Elend Rußland verwüsteten. Die alliierten Staatsmänner jedoch weigerten sich, diese Erklärung abzugeben, und die russischen Arbeiter behaupteten, in Uebereinstimmung mit den Sozialisten der ganzen Welt, der Grund dieser Weigerung sei darin zu suchen, daß die alliierten Staatsmänner ebenfalls einen imperialistischen Krieg führen — nicht eher Frieden schließen wollen, bevor sie Deutschland große Strecken Landes entrissen, und eine Kriegsentschädigung verlangt haben, die eine Generation Deutscher zu hilflosen, gebundenen Krüppeln macht. Das russische Proletariat weigerte sich, für solche Ziele zu kämpfen, und im November brach die zweite Revolution aus, der Aufstand der Bolschewiki.

Ihre erste Tat, nachdem sie sich der Paläste und Regierungsarchive bemächtigt hatten, bestand darin, die geheimen Verträge zu veröffentlichen, die Englands, Frankreichs und Italiens Herrscher mit Rußland geschlossen hatten. Diese Verträge rechtfertigten vollkommen das Verhalten der russischen Revolutionäre, — sie bewiesen, daß die alliierten Imperialisten einen schamlosen Raubzug geplant hatten: England sollte die deutschen Kolonien und Mesopotamien erhalten, Frankreich das deutsche Rheingebiet, Italien die adriatische Küste; Palästina und Syrien sollte zwischen den drei Mächten geteilt werden.

Was aber Jimmie Higgins am charakteristischsten und bedeutsamsten erschien, war, daß diese wichtigen Enthüllungen von der kapitalistischen Presse Amerikas völlig unterdrückt wurden. Sie brachten eine kurze Notiz: Die Bolschewiki behaupteten, daß dies Geheimverträge seien, doch bestünden gerechtfertigte Zweifel über deren Echtheit. Ausweichende, lügnerische Ableugnungen der britischen, französischen und italienischen Diplomaten wurden veröffentlicht, dann ward die ganze Sache totgeschwiegen! Kein Wort mehr über die Geheimverträge, mit Ausnahme von ein oder zwei amerikanischen Zeitungen, die eine alte ehrenvolle Tradition aufrecht zu erhalten hatten; einzig und allein die sozialistische Presse brachte den ganzen Text dieser Enthüllungen. „Was haltet ihr jetzt von unseren herrlichen Alliierten?" rief Jimmie Higgins den Arbeitern in der Fabrik zu. „Was haltet ihr von unserer Hurenpresse?" Mußte nicht jeder Arbeiter, dem derartige Tatsachen vorgelegt wurden, einsehen, daß Jimmie Higgins im Recht sei, und daß er trotz seiner Einfalt und Beschränktheit in der Welt etwas Großes zu leisten habe?

II

Jimmie befand sich im siebenten Himmel, er schritt gleichsam auf Wolken dahin, endlich, endlich eine proletarische Regierung, die erste in der Geschichte! Eine Regierung, zusammengesetzt aus Arbeitern gleich ihm, die selbst die Verwaltung des Landes in der Hand halten, ohne Politiker und Bankiers regieren. Und diese Proletarier treten vor die ganze Welt hin und reden die Wahrheit über Staatsangelegenheiten, in einer Sprache, die der gemeine Mann zu verstehen vermag! Das Heer wird aufgelöst, der Arbeiter heimgeschickt. Die Herren werden aus den Fabriken vertrieben, Arbeiterräte an ihre Stelle gesetzt. Der schmutzigen kapitalistischen Presse werden die Annoncen entzogen und sie wird dadurch lahmgelegt! Unser kleiner Freund rannte bereits frühmorgens zum Zeitungskiosk an der Straßenecke, um die Zeitung zu kaufen und das Neueste zu erfahren; meist eilte er dann lesend die Straße entlang, viel zu aufgeregt und vertieft, um an sein Frühstück zu denken!

Jimmie hatte in Ironton eine neue Bekanntschaft gemacht; der kleine Schneider Rabin, dessen Vorname Scholem lautete, was Frieden bedeutet, hatte ihm einen Empfehlungsbrief an seinen Bruder gegeben, der Chehrus, Freiheit, hieß. Sobald am Nachmittag die Arbeitszeit in der Fabrik zu Ende war, kaufte Jimmie eine Abendzeitung und strebte Chehrus' Schneiderladen zu, wo sich dann die beiden in die Nachrichten vertieften. „Bei Gott, hören Sie zu!" „Haben Sie je so etwas erwartet?!" „Der Kommissär für auswärtige Angelegenheiten ist ein marxistischer Jude, der selber der Redakteur am Novij Mir war, der revolutionären Zeitung, die Ihr Bruder Scholem hielt!" „Er ist im Waldorf-Astoria Hotel Kellner gewesen, und jetzt veröffentlicht er die Geheimverträge, erläßt Manifeste an das internationale Proletariat!"

Natürlich war die amerikanische Kapitalistenpresse mit Lügen über die neue Revolution angefüllt, doch vermochte Jimmie zwischen den Zeilen zu lesen, und die spärlichen sozialistischen Blätter, die noch erscheinen durften, belehrten ihn über alles. Alles, was die Bolschewiki taten, hielt Jimmie für Recht, wurde ihnen ein Unrecht nachgewiesen, war dies eine Lüge. Der kleine Maschinist wußte, daß die Bolschewiki die vier Milliarden-Dollar-Anleihe, welche die Regierung des Zaren in Frankreich gemacht hatte, nicht anerkannten, und Jimmie wußte auch, welche ungeheure Lügenkraft in vier Millionen Dollar stecken kann . . .!

(Fortsetzung folgt.)

*) Aus dem 1. Band der Zeitschrift: Die Freude, Blätter einer neuen Gesinnung. Herausgegeben W. Uhde, Schriftleiter H. Kolle.

Selbstzucht im Theater.

In der neuen Zeitschrift für soziale Kunstpflege (Volksbühne) schreibt der Schauspieler und Direktor Friedrich Kayßler:

Seit vielen Jahren beobachtete ich als Schauspieler während des Spiels von der Bühne aus im Zuschauerraum bei demselben Anlaß immer wieder denselben Vorgang: Sobald in der Dichtung ein fühlbarer Einschnitt entsteht, sei es die natürliche Pause nach einem markanten Abgang oder sei es auch nur, daß ein Schauspieler innerhalb seiner Rede eine Fermate hält und einen stummen Gang über die Bühne macht: sofort erhebt sich im Zuhörerraum ein Rücken, Räuspern, Schneuzen und Husten. Man spürt deutlich das Gefühl der Erlösung von langem Stillsitzen, zu dem diese oft so winzige Spielpause innerhalb einer Szene, ja innerhalb eines einzigen Satzes — von einem Teil des Publikums sofort ausgenützt wird.

Dieser Vorgang wiederholt sich mit absoluter Regelmäßigkeit, mit dem einzigen Unterschied, daß in einem großen Theater das Geräusch stärker ist als in einem kleineren. Ich habe ihn in allen Theatern beobachtet, in denen ich gespielt habe, richte diese Zeilen also keineswegs etwa besonders an das Publikum der Volksbühne, von dessen Ehrfurchtsgrad gegenüber dem Kunstwerk ich im allgemeinen einen hohen Begriff habe; ich meine das gesamte Theaterpublikum überhaupt, ohne Ansehen des einzelnen Theaters.

Selbstverständlich ist es nicht leicht, längere Zeit hindurch stillzusitzen. Aber erstens: warum geschieht nicht dasselbe in musikalischen Pausen bei Konzerten oder Opern? Ich habe es noch nie bemerkt. Zweitens: wenn man sich wirklich konzentriert, vergißt man zu husten. Drittens: wenn man diesem Husten wenigstens immer das mühsam Unterdrückte anmerkte! Der Vorgang läßt sich gewiß auf sehr natürliche Weise erklären. Aber er beweist, wieviel auf dem Gebiete der künstlerischen Selbsterziehung des Theaterpublikums noch zu geschehen hat.

Man stelle sich vor: Im Kunstwerk einer Dichtung entsteht eine Pause, die nichts weniger als willkürlich, die zarteste künstlerische Absicht ist. Der Dichter, der Schauspieler, der Regisseur haben diese Pause mit aller Liebe ausgearbeitet, sie wachen mit aller Sorgfalt über sie, weil sie im Rhythmus des Geschehens, im Rhythmus von Rede und Gegenrede die Stille bedeutet, das Anhalten des Atems! Und das Publikum, anstatt dieses Anhalten des Atems mitzuerleben: hustet, rührt und verschnauft sich.

Ich spreche vom Publikum und weiß natürlich, daß viele darunter bereits ebenso denken wie ich. Aber es müßten alle sein. Wenn es auch fast lächerlich klingen mag, solche Forderungen aufzustellen in unserer allerneuesten Zeit, wo die Selbsterziehung des Publikums in den Theatern ein denkbar tiefes Niveau erreicht zu haben scheint — gerade deshalb muß daran erinnert, an die Mithilfe der ehrfürchtigen Elemente im Publikum appelliert werden.

Es muß alles geschehen, damit die Auffassung Allgemeingut werde, daß jeder Zuhörer ein tätiger, lebendiger, unentbehrlicher Mitarbeiter ist am Kunstwerk eines Theaterabends, kein passiver zufälliger Ohrenzeuge auf Grund einer Eintrittskarte.

Kleines Feuilleton.

Berlins Bevölkerungszahl in den Kriegsjahren.

Das Statistische Jahrbuch der Stadt Berlin, herausgegeben von dem Direktor des Statistischen Amtes, Professor Dr. Silbergleit, ist in seinem 34. und letzten Band soeben erschienen. Die Schaffung der neuen und größeren Gemeinde Berlin bedeutet das Ende des alten Jahrbuches.

Die im Jahrbuch mitgeteilten Hauptergebnisse der Volkszählung von 1916, 1917, 1919 zeigen die tiefgehende Wirkung des Krieges auf Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung. Für Berlin hatte die Volkszählung vom 1. Dezember 1910 eine ortsanwesende Bevölkerung von 2 071 257 Personen ergeben. Dagegen wurden hier am 1. Dezember 1916 nur 1 769 408, am 5. Dezember 1917 nur 1 744 085, am 8. Oktober 1919 erst wieder 1 902 509 ortsanwesende Personen gezählt. Der Rückgang in den Kriegsjahren, der für die Zeit 1917 sich auf 327 172 gegenüber 1910 belief, ist nur durch die Verminderung der männlichen Bevölkerung verursacht worden. In 1910, 1916, 1917, 1919 wurden gezählt 994 206, 693 028, 666 842, 836 378 männliche Personen, dagegen 1 077 051, 1 076 380, 1 077 243, 1 066 131 weibliche Personen. Bis 1917 verminderte sich infolge der Einziehungen zum Heere die männliche Bevölkerung allein um 327 364. Die weibliche Bevölkerung hatte nach Kriegsschluß einen beträchtlichen Rückgang, größtenteils durch Wegzug infolge von Entlassungen aus der Arbeit.

Aus der Zählung von 1916 bringt das Jahrbuch eine die Bevölkerung nach Geburtsjahren verteilende Uebersicht. Wir fassen die einzelnen Jahrgänge wieder zusammen in die drei Gruppen der Geburtsjahre von 1916 zurück bis 1898, von 1897 zurück bis 1870, von 1869 weiter zurück. Bei der männlichen Bevölkerung umfaßte die Gruppe von 1897 zurück bis 1870 die Hauptmasse der zum Heer Eingezogenen. An der Gesamtbevölkerung von 1916 waren beteiligt die in 1916—1898 Geborenen mit 283 127 männlichen und 287 422 weiblichen, die in 1897—1870 Geborenen mit nur 220 586 männlichen, aber 539 060 weiblichen, die in 1869 und früher Geborenen mit 189 315 männlichen und 249 898 weiblichen. In den Jahrgängen 1897—1870 stand die männliche Bevölkerung hinter der weiblichen um 318 474 zurück!

Während des Krieges wurden die Ergebnisse der Volkszählungen ängstlich geheimgehalten. Das deutsche Volk konnte sich keine auf Zahlen gestützte Vorstellung davon machen, wie stark die männliche Bevölkerung zum Heeresdienst herangezogen worden war. Wären ihm die genaueren Zahlen schon damals bekannt geworden, so hätte es sich wahrscheinlich vereinigt in dem stürmischen Verlangen nach schleuniger Beendigung des Krieges.

Neues Verfahren der Pilzentgiftung.

Obwohl sich in den letzten Jahren die Untersuchungen über die Entgiftung gifthaltiger Pilze gemehrt haben, war es bisher doch nicht möglich gewesen, eine wirklich zuverlässige Entgiftungsmethode ausfindig zu machen. Nun soll es aber neuerdings gelungen sein, und zwar durch ein verhältnismäßig einfaches Verfahren die Giftstoffe der Pilze unwirksam zu machen. Die nach einem Bericht in der Pharmazeutischen Zentralhalle von Caesar erprobte Entgiftung besteht nämlich nur darin, daß man die Pilze etwa 15 Minuten lang in eine auf die Hälfte mit Wasser verdünnte und bis zum Sieden erhitzte Lösung von doppeltkohlensaurem Natron legt. Das Natronwasser ist sodann wegzugießen, weil man nicht sicher weiß, ob es durch die Verbindung mit den Giftstoffen nicht nun etwa seinerseits vergiftet ist, worauf man die Pilze noch etwas mit Essig säuert und dann in der gewöhnlichen Art verkocht. Die auf diese Weise erzielte Entgiftung, die, nebenbei bemerkt, absolut sicher wirken soll, scheint dadurch zustandezukommen, daß die in den Pilzen enthaltenen giftigen Glykoside von dem alkalischen Natron gespalten werden und die Säure sich daraufhin in leichtlösliches Natriumsalz verwandelt.

Jedenfalls sollte man alle auch nur einigermaßen zweifelhaften Pilze vor dem Genuß diesem einfachen Entgiftungsverfahren unterziehen, ehe man sie mit den guten Pilzen zusammen kocht, da unter Umständen schon ein einziger Giftpilz ein ganzes Pilzgericht vergiften kann. Es versteht sich aber von selbst, daß man an Pilzen, wie dem Satans- oder Königsfliegenpilz oder gar dem Knollenblätterpilz die Entgiftung von vornherein nicht vornimmt, da der Giftgehalt dieser Pilze so groß ist, daß selbst ein kräftig wirkendes Entgiftungsverfahren bei ihnen versagen kann. Bittere Pilze kann man, um sie als nahrhaftes Hühnerfutter zu verwenden, durch Dörren entbittern, worauf der scharfe Geschmack fast ganz verschwindet.

Herbst.

Paul Rohrbachs Buch über Armenien bringt in deutscher Nachdichtung folgendes feine Lied des armenischen Dichters Dwenik Demirtschian (1873):

Herbst hat schon sein Sterbelied
hat sein stilles Lied begonnen,
das durch alle Wälder zieht:
von den Brunnen, die verronnen,
von den Blüten, die verblüht,
von den kurzen Sommerwonnen
die in einer Nacht versprüht,
von den Sonnen,
die verglüht . . .
Herbst hat schon sein Sterbelied
hat sein stilles Lied begonnen.

Heiteres.

Der Volksschüler Xaver Gudel bittet seinen Lehrer um einen Tag Urlaub, da er seiner Mutter im Garten düngen helfen müsse. Der Lehrer verweigert den Urlaub und erhält am nächsten Tage von der Mutter des Jungen folgende Zeilen:

„Werter Herr Lerer!

Der Xaver is heite zu Hauße geplieben. Denn ich bin eine alein stehente Witwe mit finf Kinder. Da kann kein Mensch ferlangen, daß ich im Garten die Roßäpfel selbst lege. Frau Gudel."

(Simpl.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200923-16/fragment/page=0007
DFG

Aus der Provinz.

Schaffung von Streikbrecherorganisationen fürs Land.

Zur „Sicherung lebenswichtiger Betriebe und zur Verhütung von Ernte- und Lieferungsstreiks in der Landwirtschaft" schweben, wie den Zeitungen berichtet wird, innerhalb des zuständigen Reichsressorts Verhandlungen. Die Reichsregierung will ähnlich der Technischen Nothilfe zur Verhütung der Unterbrechung lebenswichtiger Betriebe unbewaffnete Abwehrorganisationen schaffen; eine Verordnung wird hierüber gegenwärtig ausgearbeitet. Die Sicherheitspolizei wird nur im Notfall in diesen Fällen Verwendung finden.

Landarbeiter, seht euch vor! Man will euch versklaven. Man geht gegen euer wichtigstes Recht vor. Selbstverständlich wird die Streikbrecherorganisation bei Lieferstreiks versagen, desto mehr wird sie bei Lohnstreiks in Funktion treten.

Bleesern. Für die Moskauer Bedingungen. In einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Seegrehna wurde nach einem Referat des Genossen Chemnitz (Wittenberg) eine Resolution angenommen, in der die Annahme der 21 Bedingungen gefordert wird.

Leunawerk. Die Arbeitslosigkeit steigt gewaltig. Das kann man auch im Werke gut beobachten. Immer größer werden die Massen derer, die Arbeit suchen, um sich und ihre Familie erhalten zu können. Zu Hunderten zählen die Arbeitslosen, die täglich im Werke nach Arbeit vorsprechen. Darunter sind Familienväter, die schon acht lange Wochen den gleichen Gang, immer vergeblich, tun. Auch viele Kriegsbeschädigte befinden sich unter den Arbeitsuchenden. So dankte es ihnen das „Vaterland", daß sie ihre einst gesunden Knochen opferten.

Allerlei.

Prinz abermals aus der Haft entlassen.

Der Kunstmaler Prinz, der sich wegen Anfertigung des Mordbefehls gegen den Genossen Karl Liebknecht und die Genossin Rosa Luxemburg zu verantworten haben wird, dieserhalb nach seiner Freilassung aus der Haft abermals verhaftet worden war, ist wiederum auf freien Fuß gesetzt, da dem Kammergericht nach mehrmaliger Prüfung der Vorgänge die Ergebnisse der ersten Verhandlung gegen Prinz nicht verändert erscheinen.

Schweres Eisenbahnunglück.

Auf der Strecke Göttingen—Bebra, zwischen den Stationen Sontra und Kornberg, lösten sich in der Nacht zum Mittwoch eine Anzahl Wagen eines nach Bebra fahrenden Güterzuges, rollten die steil abfallende Strecke zurück und fuhren in der Nähe des Bahnhofs Sontra auf einen dort haltenden Güterzug. Das Maschinenpersonal dieses Zuges konnte sich durch Abspringen retten. Der Zusammenstoß war furchtbar, 50 Güterwagen wurden zertrümmert, die Güterzugmaschine die hohe Eisenbahnböschung hinabgeschleudert. **Vier Eisenbahnbremser wurden getötet und unter den Trümmern begraben.** Der Verkehr auf der Strecke ist gestört. Die Unglücksstelle ist ein wüstes Trümmerfeld. Die Wagen türmten sich hochaufeinander. Die unter ihnen liegenden Leichen konnten bis jetzt noch nicht freigelegt werden.

Hochwasser in Italien.

Udine, 22. September. (Agenzia Stefani.) Infolge heftiger Regengüsse traten der Torre und Corma aus und überschwemmten das umliegende Gebiet. In einigen Orten stieg das Wasser bis auf zwei Meter. Drei Brücken wurden weggespült, der Verkehr ist unterbrochen. Mehrere Brücken und zahlreiche Häuser sind vernichtet. Zwei Menschen sind umgekommen.

An Pilzvergiftung gestorben.

In Breslau erkrankte eine Familie nach dem Genuß von auf dem Markte gekauften Pilzen schwer. Ein 21jähriger Sohn und eine 15jährige Tochter sind gestorben, der Vater liegt im Sterben, die vier anderen Kinder hofft man zu retten. Die Mutter, die nur wenig von den Pilzen gegessen hatte, blieb verschont.

Sport und Körperpflege.

Fußball. Der Bezirksleitung ist es gelungen, zum kommenden Sonntag unsere Minerva-Mannschaft gegen unseren zweitbesten im Bunde, die Freien Turner Forst in der Lausitz, für ein Wettspiel nach dort zu verpflichten. Dem Ausgang dieses Treffens darf man gespannt entgegensehen, da Forst noch bekannt ist von der Austragung der Bundesspiele her. Bis an zweiter Stelle emporgearbeitet, mußten sie sich gegen unseren Bundesmeister Sp.-V. Fürth knapp mit 4:2 geschlagen bekennen im Schlußspiel am 13. Juli d. J. Unsere Minerva, jetzt wieder die alte eingespielte Mannschaft, wird wohl alles daransetzen, ein gutes Resultat mit nach Halle zu bringen. Unser Bestes geben wir der Mannschaft mit auf den Weg. — Schiedsrichter: Freitag, den 24. September, abends 7 Uhr, findet die erste Vollversammlung der im 6. Bezirk tätigen Schiedsrichter im Volkspark statt. Die Vereinsleiter werden ersucht, ihre geprüften Schiedsrichter nach dort zu entsenden, andernfalls Bestrafung erfolgen muß. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen

Städtischer Verkauf von Käse

in der Talamtschule am Freitag, den 24. September. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 48001—48500, vormittags von 8—12 Uhr, und die Inhaber der Nummern 48501—49000, nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1,00 Mk. abgegeben.

Städtischer Verkauf von Kerzen, Bratfett, Malzextrakt, Trockenei, Roßgulasch oder Fleisch- und Wurstkonserven

in der Talamtschule, am Freitag, den 24. September. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 65001—70000, vormittags von 8—12, und die Inhaber der Nummern 70001—75000, nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines können an jeden Haushalt 4 Kerzen zum Preise von 4,50 Mk. für vier Stück, ferner an jede Person aller Haushalte ½ Pfund Bratfett zum Preise von 6 Mk. für das halbe Pfund, 1 Dose Malzextrakt zum Preise von 4,30 Mk., 50 Gramm Trockenei (Ersatz für 5 Eier) zum Preise von 4 Mk., und eine 1-Kilodose Roßgulasch zum Preise von 11 Mk., oder eine ½-Kilodose Fleisch- und Wurstkonserven zum Preise von 3 Mk. abgegeben werden.

Die Verbrauchsmenge an Fleisch wird in dieser Woche auf 150 Gramm pro Kopf festgesetzt (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte). Es gelangt Rindergefrierfleisch zur Ausgabe. Der Verkauf erfolgt am Sonnabend, den 25. September, durch die Fleischer, bei denen die Haushalte zur Kundenliste angemeldet sind, gegen Vorlage der Lebensmittelscheine. Der Verkaufspreis beträgt für 150 Gramm 2,30 Mk.

Petroleumverkauf.

Gegen Abgabe der noch im Umlauf befindlichen Marken ist Petroleum bei dem Beamten-Konsumverein, in den Filialen Büschdorfer Straße und Rosenstraße, und dem Allgemeinen Konsumverein, Filiale Königstraße, erhältlich. Der Preis für 1 Liter beträgt 3,20 Mk.

Städtische Petroleum-Kommission.

Durch Gemeindebeschluß vom 14. u. 20. Sept. 1920 ist der Tarif für die Städtische Straßenbahn ab 1. Oktober 1920 wie folgt festgelegt: 1. Bartarif: 2 Teilstrecken 50 Pf., 3 Teilstrecken 60 Pf., über 3 Teilstrecken 70 Pf. mit einmaliger Umsteigeberechtigung. 2. Vergünstigungstarif: Monatskarten für 2 Teilstrecken 35 Mk., für mehr als 2 Teilstrecken 45 Mk. Wochenkarten: steuerfreie für Arbeiter 5 Mk., steuerpflichtige für sonstige Personen 6 Mk., für Schüler 4 Mk., Arbeiterfrühkarten 2,50 Mk. Fahrscheinhefte (3 Sorten mit 50-Pf.-, 60-Pf.- u. 70-Pf.-Fahrscheinen) werden mit 10 Prozent Preisermäßigung bzw. Gratislieferung eines elften Fahrscheins ausgegeben. Die Einkommensgrenze zur Erlangung der Wochenkarten wird auf 8000 Mk. jährlich heraufgesetzt. Fahrten an Sonn- und Feiertagen nach 10 Uhr abends kosten den doppelten Fahrpreis. Ferner werden an Sonn- und Feiertagen keine Umsteigescheine ausgegeben. Die sonstigen Beförderungsbestimmungen der Städt. Straßenbahn bleiben bestehen.

Städtische Straßenbahn.

Wolfen

Waffenabgabe.

Zufolge höherer Anordnungen wird eine Waffensammelstelle zur Durchführung der freiwilligen Abgabe von Waffen in der Zeit vom 15. September bis 1. November 1920 hierdurch errichtet. Die in Gemäßheit des Gesetzes über die Entwaffnung der Bevölkerung zur Ablieferung kommenden Waffen werden im hiesigen Gemeindeamt in der Zeit von 8 Uhr bis mittags 1 Uhr entgegengenommen.

Wolfen, den 20. September 1920. *1995

Der Gemeindevorsteher. J. V.: Kempe.

Bitterfeld

Butterausgabe

in der Woche vom 26. September bis 2. Oktober 1920.

In der Woche vom 26. September bis 2. Oktober d. J. werden 40 Gramm Butter an die Versorgungsberechtigten ausgegeben.

Bitterfeld, den 21. September 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.

Die Ausgabe der Brotkarten erfolgt regelmäßig jeden Freitag im Döringschen Konzerthaus, Kaiserstraße 67, gegen Vorlegung der Brotscheine: für die Bezirke 1—5 vormittags 8—12 Uhr, für die Bezirke 6 bis 10 nachmittags 2—5 Uhr. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Kartenausgabe nur an den obigen Tagen stattfindet, ein nachträgliches Abholen der Karten in der hiesigen Kartenausgabe (Rathaus, Zimmer 3) kann nicht mehr erfolgen.

Bitterfeld, den 22. September 1920.
*1997 Der Magistrat.

Die Verbraucher können bei ihren Kleinhändlern auf Abschnitt Nr. 12 der gelben Kreislebensmittelkarte 1 Pfund Hafernährmittel (lose bezw. abgepackt, je nach Belieferung der Kleinhändler) zu den bekannten Preisen entnehmen.

Bitterfeld, den 17. September 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Bitterfeld.
J. V.: Stammer, Kreisdeputierter.

Artern

Ausgabe von Brotkarten.

Freitag vormittag von 8—12 Uhr an den bekannten Stellen und in der bekannten Reihenfolge. *1996

Artern, den 22. Sept. 1920. Der Magistrat.

Sangerhausen

Kartoffelpreise.

In den Verbraucherkreisen von Kartoffeln macht sich eine zunehmende Erregung bemerkbar wegen des Kartoffelvertragspreises von 30 Mk. je Zentner für Erzeuger. Durch Eingaben werde ich bestürmt, die Preise von Kartoffeln herabzusetzen. Der jetzt bestehende Vertragspreis wird selbst aus den Kreisen der Landwirte als zu hoch bezeichnet. Um den Wünschen der Verbraucher zu entsprechen, bitte ich die Lieferer von Vertragskartoffeln des diesseitigen Kreises sich am Freitag, den 24. September d. J., vormittags 8½ Uhr, im Kreistagssitzungssaale einzufinden, um eine gemeinsame Besprechung mit den Mitgliedern der Preisprüfungsstelle des Kreises über die Preisfrage herbeizuführen. Dringend möchte ich die Herren Landwirte bitten, sich den berechtigten Wünschen der Verbraucher nicht zu verschließen. *2000

Sangerhausen, den 22. September 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Sangerhausen.
Kasparek.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Maul- und Klauenseuche wird hierdurch auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt: Ueber die verseuchten Gehöfte der Viehbesitzer Landwirt Albert Barche, August Schulze, Robert Reinhardt, Alma Beyer in Hamma, Rittergutspächter Fick in Othal, Fritz Wölfert, B. Schäffer, Wilh. Wölfert, E. Wetzel, Herm. Scheutzel, H. Leinung, Ludwig Brambach, Otto Börner, R. Meyer in Schönfeld, Karl Ostermann, Wilh. Rudolf, Otto Meyer, Hermann König in Heringen, Karl Fischer in Voigtstedt, Bahnarbeiter Otto Schmölling in Oberröblingen, Ferdinand Schulze, Karl Riese, Albert Bleichrodt, Heinrich Weinreich, Paul Hubold in Ritteburg wird die Gehöftssperre verhängt. Die durch die viehseuchenpolizeiliche Anordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten in Merseburg vom 13. Juli 1920 (Sangerhäuser Zeitung Stück 173, Kyffhäuser Zeitung Stück 171, Hallisches Volksblatt Stück 178) erlassenen Anordnungen, insbesondere die der §§ 4, Ziffer 4 und 5 sind genau zu beachten. Erloschen ist die Seuche unter den Viehbeständen der Besitzer Karl Förster in Steinbrücken, O. Keil, H. Peukert in Wallhausen und Rittergutsbesitzer Kaul in Kaltenborn. Die über diese Gehöfte verhängte Gehöftssperre wird aufgehoben.

Sangerhausen, den 21. September 1920.
*1999 Der komm. Landrat. Kasparek.

Nur 1 Tag!

Herrenstoffe äußerst billig!

Stoff zu einem ganzen Anzug

Gruppe I	Gruppe II	Gruppe III	
168,—	274,—	296,—	Mark.

Ausserdem sehr preiswerte gestreifte Hosen-Stoffe
und 130/140 cm breite Damen-Stoffe in schwarz, marine und Covercoatfarben,
sowie Flausch- und Ulster-Stoffe.

Der Verkauf findet statt am Freitag, den 24. Septbr., und Sonnabend, den 25. Septbr., von 8 Uhr vormittags an
in Halle im Gasthof Jägerhof, Leipziger Strasse 64.
3774 L. Sternfeld aus Berlin.

3 Teile — Dämon der Welt! — das große Sensations-Drama ab 8. Oktober! — 3 Teile 3793

Achtung!
Tierhalter, Landwirte, Förster etc. Ueberzeugen Sie sich selbst von den hohen Preisen, welche ich für
alle Sorten Felle, Häute, Wolle, Roßhaare zahle.
Nicht die marktschreienden Preise in den Tageszeitungen, 3810
sondern die Tatsachen
beweisen die Leistungsfähigkeit meiner Firma. — Auf Wunsch Vertreter-Besuch!
Franz Halle, Fellhandlung, Kürschnerei, Halle a. S., Breitestr. 6. — — Tel. 4377.

Bremer Kost wieder eingetroffen 3808
Unerreicht ist mein Rauchtabak in Preis und Qualität, garantiert rein
100 Gramm Mk. 4,50.
Meine beliebte Schatzl-Zigarette m. Gold ist wieder da! Stück 30 Pf.
Emil Strahl, Halle, Leipziger Straße 19.
Telephon 3185. Telephon 3185.

Für Wiederverkäufer und Gastwirte billigster Lieferant der
Sport-Zigarette.
Versand franko per Nachnahme ab Fabriklager Halle a. S., Poststr. 6. 3809
Karl Gimpel. :: Telephon 4679.

Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Panzer-Woche!
Von Sonnabend, den 25. Septbr., bis Sonnabend, den 2. Oktober, verkaufen wir die guten, extra dicken 3807
Panzer-Kragen,
die so schön wie Leinenwäsche sind, zu folgenden Ausnahme-Preisen:

Nr. 24a, 5 cm, St. 16,00 — Nr. 1, 5 cm, St. 16,00 — Nr. 23, 6 cm, St. 18,00
Dauerwäsche-Vertrieb: Kl. Berlin 2, Eingang Sternstraße, 1 Treppe.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Bitterfeld. *1990
Wegen Trauerfalls bleibt mein Geschäft am Freitag, d. 24. Sept., von mittags 12 Uhr an geschlossen.
Reinhold Hannibal, Lederhandlg.

Verlobungs-Ringe 3724 in Silber, Dublee, Gold 333, 585, 750, 900, alle Größ. u. Breit. vorrät.
H. Schindler, Uhrmachermeister, Kleine Ulrichstr. 35.

Gebr. Nähmaschinen kauft ständ. und zahlt höchste Preise. Komme auch nach auswärts. 3802
Paul Rode, Streiberstr. 14.

Kyffhäuser mit Kreuz — vernichtet verblüffend Goldgeist — 5-fach stark, geruchlos, in Apotheken und Drogerien. *697

Fellsammler finden besten Absatz bei Gebr. Danglowitz, Fischerplan 2. 3480

Haarnisse im Frauen- u. Mädchenhaar entfernt garantiert sofort Nisska D. R. G. M. 708295. Aufklärung kostenlos. Fr. B. Mückenhaupt, Nürnberg H 24. *2004

Geld-Darlehen erhalten reelle Personen gegen Sicherheit durch Paul Keller, Hafenstr. 45. 3763

*1724 **Zigarren,** aus überseeisch. Tabaken, Mk. 60 pro 100 Stück. Lieferung per Nachnahme. Artur Mühlpfordt, Merseburg.

Arbeiter und Beamte find. reichl. Mittagstisch von 12—7 Uhr. 3803 Giebichenstein, Seebener Str. 94.

Jackett, m. Schlüssel, Mansfelder Str. verloren. G. Bel. abzg. Friedrichstr. 22 i. Lad.

Karbid Pfund nur 3 Mk., solange der alte Vorrat reicht. Karbid-Wurmstich, Merseburger Str. 163.

Junger, grauer **Schäferhund** entlaufen. Gegen Belohnung abzugeben. 3806 Zwingerstr. 4 (Laden).

Schöne moderne Küche zu verkaufen. 3795 Wolfstr. 16, Hof part.

Ansichts-Postkarten empf. die Volksbuchhandlung.

Arbeitsmarkt.
Aeltere selbständig arbeit. Klempner und Installateure f. dauernde Beschäftigung gesucht. *2002 Max Welz, Landwehrstraße 7.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben Entschlafenen, des Bäckermeisters **Paul Fiebiger,** sagen wir allen denen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten u. ihn zur letzten Ruhe geleiteten, unsern herzlichsten Dank.

Bitterfeld, den 23. Sept. 1920. *2001

In tiefem Schmerz: Familie Fiebiger.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219200923-16/fragment/page=0008